

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 53. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
26.03.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 19:27 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:26 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:35 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:08 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:05 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme bis 18:58 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme bis 18:30 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	Teilnahme bis 19:25 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 17:26 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 17:11 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme bis 19:29 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Olaf Sieber	parteilos	Teilnahme ab 14:16 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	Teilnahme ab 14:58 Uhr

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Stefan Richter	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

**Gäste:**

Frau Angelika Foerster	Verwaltung
Herr Lars Loebner	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr René Trömel	DIE LINKE
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr Andreas Hajek	FDP
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 53. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Torsten Fritz zur Abwicklung Abfallgebührensatzung**

---

**Herr Fritz** erinnerte an seine Frage aus der Sondersitzung des Stadtrates am 12.02.2014 bezüglich der Abwicklung aus den Abfallgebührensatzungsproblemen für das Jahr 2013. Diese Gebührensatzung wurde am 10.10.2013 wiederholt behandelt und eine rückwirkende Beschlussfassung festgestellt und vollzogen.

Er habe damals gefragt, ob die Verwaltung die Satzung rechtskonform abwickeln werde. Zugleich habe er an einem Beispiel schriftlich dargelegt, dass dem nicht so sei.

Am 25.02.2014 fand ein Gespräch zu diesem Thema mit dem zuständigen Beigeordneten statt.

**Herr Fritz** machte darauf aufmerksam, dass seit seiner Fragestellung sechs Wochen vergangen seien und er immer noch nicht wisse, ob Anträge von Betroffenen, die auf Revision des Abfallgebührenbescheides 2013 hinzielen, rechtskonform nach Verwaltungsverfahrensgesetz § 51 – Wiederaufgreifen des Verfahrens – behandelt werden.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte dazu mit, dass in dem Gespräch mit dem Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, Herrn Stäglin, erläutert wurde, dass sich die Verwaltung hier rechtskonform verhalte. Man habe aber nicht ausgeschlossen, dass es Ermessensspielräume gäbe, die geprüft werden können.

**Herr Fritz** korrigierte, dass das Problem zwar erläutert, jedoch von der Verwaltung auf den § 48 Verwaltungsverfahrensgesetz verwiesen wurde, welcher es der Verwaltung ermöglicht, Entscheidungen nach pflichtgemäßen Ermessen zu treffen.

Er habe den § 51 Verwaltungsverfahrensgesetz vorgelegt und von der Verwaltung sei eine Prüfung zugesagt worden. Er warte auf das Ergebnis der Prüfung.

**Herr Beigeordneter Neumann** sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung an Herrn Fritz zu.

### **Herr Karl-Heinz Schuster zur Umbenennung des Stadtparks**

---

**Herr Schuster** fragte nach den Gründen für die Umbenennung des Stadtparks.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es dem Stadtrat obliege, Umbenennungen für Einrichtungen, Straßen und Parks vorzuschlagen. Diese Vorschläge werden in den Ausschüssen besprochen und letztendlich im Stadtrat entschieden.

Es handelt sich hierbei um ein Recht des Stadtrates als demokratisch gewähltes Gremium.

## Herr Rodney Thomas zum Quartalsbericht Stadtbahnprogramm

---

**Herr Thomas** bezog sich in seiner Anfrage auf die bauvorbereitenden Maßnahmen am Steintor und der dafür notwendigen Umleitung durch die Lessingstraße und die Jahnstraße. Er führte aus, dass es noch keine Informationen dazu für die Bürgerinnen und Bürger gäbe und fragte an, wann dies erfolgen wird.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen**, informierte darüber, dass die Umleitungskonzeption in verschiedenen Ebenen verlaufe. Zum einen gäbe es die großräumige Umfahrung der Strecke in verschiedenen Phasen, welche vom Baufortschritt abhängig gemacht werden.

Desweiteren gäbe es noch eine direkte Umleitungskonzeption, was die Bauphasen der Gesamtbaumaßnahmen betreffe, wo auch die Lessingstraße betroffen ist. Dies sei im Planfeststellungsverfahren bekannt gegeben und in Kürze findet dazu ein Erörterungstermin für alle davon Betroffenen statt. Auch werde es Ertüchtigungen der Lessingstraße geben, um einen Zustand zu schaffen, der für diese zeitlich begrenzte Maßnahme notwendig ist.

**Herr Thomas** fragte nach einem Termin für eine Veranstaltung aller Bürgerinnen und Bürger, die von den Baumaßnahmen betroffen seien.

**Herr Loebner** machte deutlich, dass die Verwaltung noch einmal ausführlich über die Baumaßnahmen informieren wird. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Homepage der HAVAG und Halle.de, auf welcher die phasenweisen Umleitungen bekannt gegeben werden. Es werde auch keine zweijährige durchgängige Umleitung geben, sondern schrittweise für die Bauphasen Umleitungen in den einzelnen Straßen erfolgen.

Bezüglich der Bürgerbeteiligung führte **Herr Loebner** aus, dass er eine entsprechende Bürgerinformation sowie Bürgerbeteiligung an die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen weitergeben werde.

### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 53. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 40 Mitglieder des Stadtrates (71,43 %) anwesend.

### zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass nachfolgende Tagesordnungspunkte zu vertagen bzw. von der Tagesordnung abzusetzen sind:

- 6.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089

*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*

- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12421
- 6.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12422
- 6.1.3 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12579
- 6.5 Bebauungsplan Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“ -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2013/12297  
*Wurde durch die Verwaltung zurückgestellt.*
- 7.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/11372  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen  
Vorlage: V/2013/12111  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: V/2014/12388  
*Wurde im Hauptausschuss vertagt.*
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen  
Vorlage: V/2013/12283  
*Wurde im Finanzausschuss zurück gestellt.*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. (Vorlage: V/2013/12229)  
Vorlage: V/2014/12402  
*Wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vertagt.*
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“  
Vorlage: V/2014/12390  
*Wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zurück gezogen, weil erledigt.*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte, dass zum nachfolgenden Antrag über den Verbleib auf der Tagesordnung entschieden werden soll:

- 8.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Vorlage: V/2014/12575

Schon im Jahr 2013 wurde im Hauptausschuss kontrovers darüber diskutiert. Da der Beschluss die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters betreffe, falle er nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates und es müsse geklärt werden, ob der Antrag auf der Tagesordnung verbleiben soll.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ergänzte, dass zu klären sei, ob der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung behandelt werden kann. Das Ergebnis der Rechtsprüfung habe ergeben, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen. Letztendlich sei es aber eine Entscheidung des Stadtrates.

Die Verwaltung werde jedoch empfehlen, den Antrag abzulehnen, weil die Zuständigkeit des Stadtrates nicht gegeben ist und es bereits bei der Beschlussfassung zur Tagesordnung die Möglichkeit gäbe, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass seiner Meinung nach vor der Veröffentlichung der Tagesordnung eine Prüfung erfolgen soll, um unzulässige Anträge von vornherein nicht auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ebenso sei im Schreiben vom Landesverwaltungsamt deutlich ausgeführt, dass der Stadtratsvorsitzende und der Oberbürgermeister im Einvernehmen eine Tagesordnung festlegen müssen. Wenn das Einvernehmen nicht hergestellt wird, müsse ein solcher Tagesordnungspunkt nicht auf die Tagesordnung genommen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die einvernehmliche Verständigung, die Anträge diesbezüglich zunächst auf die Tagesordnung zu setzen und den Mitgliedern des Stadtrates die Entscheidung zu überlassen, ob eine Diskussion dazu stattfinden soll. Die Verwaltung werde im Vorfeld keine Filterung der Tagesordnungspunkte vornehmen.

**Herr Bartl** unterstützte die Aussagen von Herrn Oberbürgermeister. Es sei ihm und auch dem Fachbereich Recht nicht immer möglich, vorher die Rechtstauglichkeit zu prüfen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach sich für eine Belassung des Antrages auf der Tagesordnung aus. Auch wenn es rechtliche Bedenken gäbe, müsse der antragstellenden Fraktion die Möglichkeit gegeben werden, eventuell durch eine Änderung den rechtlichen Bedenken Rechnung zu tragen und den Antrag auf Zulässigkeit zu überarbeiten.

Er halte auch den Vorschlag von Herrn Misch nicht für praktikabel, dass der Stadtratsvorsitzende und der Oberbürgermeister über die Tagesordnungspunkte entscheiden. Es gäbe in der Beschlussfassung die Möglichkeit für den Stadtrat, sich mit den rechtlichen Bedenken auseinanderzusetzen bzw. über die Zulässigkeit des Antrages abzustimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine dementsprechende Verfahrensweise zu und **Herr Bartl** stellte fest, dass damit der TOP 8.2 ohne Abstimmung auf der Tagesordnung verbleiben kann.

Gleiches gelte für die Tagesordnungspunkte:

8.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale)

Vorlage: V/2014/12603

8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2014/12615

- 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte, dass nachfolgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports  
Vorlage: V/2014/12651  
*Hierzu wurden Ergänzungen der Verwaltung verteilt.*

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt  
Vorlage-Nr. V/2014/12651

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 6.16, einschließlich Änderungsantrag behandelt.

Dem Vorschlag von **Herrn Bartl**, den Antrag

- 6.17 Niederlegung eines Mandats und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers  
Vorlage: V/2014/12664

als Tagesordnungspunkt 6.0 zu behandeln, wurde zugestimmt.

Zum

Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Merseburger Straße/Höhe Rosengartenbrücken  
Vorlage: V/2014/12587

teilte **Herr Bartl** mit, dass man sich darauf verständigt habe, ihn über den Planungsausschuss erst in den nächsten Stadtrat einzubringen.

Ebenso soll mit dem Tagesordnungspunkt

- 7.12 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße  
Vorlage: V/2014/12565

verfahren werden. Deshalb wurde dieser Antrag vertagt.

Weiterhin stellte **Herr Bartl** fest, dass die Dringlichkeit bei den Dringlichkeitsanträgen zu Umbesetzungen in Ausschüssen gegeben sei. Es erfolgte dazu eine Blockabstimmung.  
*(Aufgrund von Absetzungen von Vorlagen von der Tagesordnung änderte sich die ursprüngliche Numerik der nachfolgenden Dringlichkeitsanträge.)*

- 8.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH  
Vorlage: V/2014/12653
- 8.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH

Vorlage: V/2014/12654

- 8.20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12668
- 8.21 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12669
- 8.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Planungsangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12670
- 8.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12671

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

**mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt**

Vorlage-Nr. V/2014/12653  
Vorlage-Nr. V/2014/12654  
Vorlage-Nr. V/2014/12668  
Vorlage-Nr. V/2014/12669  
Vorlage-Nr. V/2014/12670  
Vorlage-Nr. V/2014/12671

- 8.19 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Cinemaxx-Kinos im Charlottencenter  
Vorlage: V/2014/12639

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass der Sachverhalt erst zwei Tage nach Antragsfrist bekannt wurde und man der Meinung sei, dass die Verhandlungen schnellstmöglich erfolgen müssen, um ein klares Signal zu geben.

Der Information von **Herrn Bartl**, den Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil zu behandeln, da laut Auffassung des Rechtsamtes Unternehmensinteressen berührt werden, konnte **Herr Kley** nicht nachvollziehen. Im Antrag werde nur ein Bekenntnis der Stadt zu diesem Standort vorgeschlagen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die Aussage des Fachbereiches Recht bezüglich der Unternehmensinteressen. Aus diesem Grund könne er zu diesem Thema nur im nicht öffentlichen Teil Auskunft geben.

Daraufhin stellte **Herr Bartl** die Nichtöffentlichkeit des Antrages fest.

Zur Dringlichkeit des Antrages

- 8.24 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 5.2.2014 gegen den Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 18.12.2013 zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt  
Vorlage: V/2014/12675

teilte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, mit, dass sich diese aus dem Bescheid ergäbe, da eine Frist zur fristgerechten Einlegung von Rechtsmitteln vorliege.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass vom Landesverwaltungsamt eine offenkundige Rechtmäßigkeit der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters festgestellt wurde. Aus diesem Grund sehe er keinen dringenden Handlungsbedarf.

**Herr Wolter** machte darauf aufmerksam, dass es momentan zur Einlassung der Tagesordnung und den Hintergrund der Dringlichkeit gehe. Da die Stadträte erst in der letzten Woche über den Bescheid informiert worden sind, sei eine frühere Behandlung nicht möglich gewesen. Auf Grund der Fristen müsse in der heutigen Stadtratssitzung eine Behandlung des Sachverhaltes erfolgen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte den Ausführungen von Herrn Wolter zu und **Herr Bartl** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3 Mehrheit  
Vorlage-Nr. V/2014/12675 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 8.24 behandelt.

**Herr Bartl** informierte über nachfolgende Änderungsanträge bzw. Ergänzungen, welche auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements  
Vorlage: V/2013/11956  
*Hierzu wurden Änderungen verteilt.*
- 6.15 Bürgerhaushalt  
Vorschlag B-10 - Grundschule Glaucha  
Vorlage: V/2014/12527  
*Hierzu wurde die Beschlussvorlage ausgetauscht und der Text ergänzt.*
- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela  
Vorlage: V/2014/12396  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.*

Bezüglich der Anfrage

- 9.8 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597

teilte **Herr Bartl** mit, dass die Verwaltung ihre Antwort zurück zieht und die Beantwortung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2014
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.02.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2014
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- . TOP 6.0 unter TOP 6.17
- 6.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2013/12089* *vertagt*
- 6.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*  
*Vorlage: V/2014/12421* *vertagt*
- 6.1.2 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2014/12422* *vertagt*
- 6.1.3 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089*  
*Vorlage: V/2014/12579* *vertagt*
- 6.2 Jahresabschluss 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
*Vorlage: V/2014/12420*
- 6.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements  
*Vorlage: V/2013/11956*
- 6.4 Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2015/ 2016  
*Vorlage: V/2014/12537*
- 6.5 *Bebauungsplan Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“ - Aufstellungsbeschluss*  
*Vorlage: V/2013/12297* *abgesetzt*

- 6.6 Widmung des Heidelbeerweges  
Vorlage: V/2014/12419
- 6.7 Kulturpolitische Leitlinien  
Vorlage: V/2013/11904
- 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-76 Saalekreisvolkshochschule raus aus Halle  
Vorlage: V/2014/12492
- 6.9 Bürgerhaushalt  
Vorschlag B-12 SPORTHALLEN  
Vorlage: V/2014/12520
- 6.10 Bürgerhaushalt  
Vorschlag B-30 Schwimmhalle Robert Koch  
Vorlage: V/2014/12522
- 6.11 Dritte Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur  
Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)  
Vorlage: V/2013/12133
- 6.12 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und  
Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014  
bis 31.12.2014  
Vorlage: V/2013/12146
- 6.13 Wirtschaftsplan 2014 der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH  
Vorlage: V/2014/12426
- 6.14 Bürgerhaushalt  
Vorschlag B-66 Kita-Gebühren  
Vorlage: V/2014/12472
- 6.15 Bürgerhaushalt  
Vorschlag B-10 - Grundschule Glaucha  
Vorlage: V/2014/12527
- 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung  
einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports  
Vorlage: V/2014/12651
- 6.16.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle zur Dringlichkeitsvorlage:  
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung  
einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports  
(V/2014/12651)  
Vorlage: V/2014/12679
- 6.17 neu Niederlegung eines Mandats und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers  
6.0 Vorlage: V/2014/12664
- 7. Wiedervorlage

- 7.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/11372 vertagt
- 7.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/12111 vertagt
- 7.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2014/12387
- 7.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*  
Vorlage: V/2014/12388 vertagt
- 7.5 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela*  
Vorlage: V/2014/12396
- 7.5.1 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela, V/2014/12396*  
Vorlage: V/2014/12625
- 7.6 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen*  
Vorlage: V/2013/12283 vertagt
- 7.7 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. (Vorlage: V/2013/12229)*  
Vorlage: V/2014/12402 vertagt
- 7.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“*  
Vorlage: V/2014/12390 abgesetzt
- 7.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Coverabbildungen im Katalog der Stadtbibliothek*  
Vorlage: V/2014/12395
- 7.10 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015*  
Vorlage: V/2014/12398
- 7.10.1 *Änderungsantrag der CDU Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015 - V/2014/12398*  
Vorlage: V/2014/12554
- 7.11 *Prüfantrag des Stadtrats Olaf Sieber zur Durchführung einer Kunstaussstellung der Bürger Halles und des Saalekreises*  
Vorlage: V/2014/12405

- 7.12 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße*  
Vorlage: V/2014/12565 vertagt
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bezüglich seiner Sitzung am 17. Juni 2014  
Vorlage: V/2014/12528
- 8.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai 2014  
Vorlage: V/2014/12575
- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Brandschutz  
Vorlage: V/2014/12613
- 8.4 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) und Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) betreffend die Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum zeitlichen Vorlauf bei der Beantragung von Städtebaufördermitteln  
Vorlage: V/2014/12590
- 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602
- 8.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12603
- 8.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015  
Vorlage: V/2014/12606
- 8.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596
- 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12615
- 8.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12667
- 8.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt  
Vorlage: V/2014/12617

- 8.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates  
Vorlage: V/2014/12618
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung eines Konzepts der Wirtschaftsförderung  
Vorlage: V/2014/12614
- 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622
- 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
- Vorlage: V/2014/12622  
Vorlage: V/2014/12674
- 8.15 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen  
Vorlage: V/2014/12616
- 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu temporären Aufwertungsmaßnahmen am Saaleufer im Sommer 2014  
Vorlage: V/2014/12611
- 8.17 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) für das Areal An der Spitze  
Vorlage: V/2014/12531
- 8.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH  
Vorlage: V/2014/12653
- 8.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: V/2014/12654
- 8.20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12668
- 8.21 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12669
- 8.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Planungsangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12670
- 8.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12671

- 8.24 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 5.2.2014 gegen den Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 18.12.2013 zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt  
Vorlage: V/2014/12675
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Spontanpartys in Halle  
Vorlage: V/2014/12584
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung des Hochwasserschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12585
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Auswirkungen der geplanten Umgestaltung der Merseburger Straße auf die Rettungsfristen  
Vorlage: V/2014/12586
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE) zu MigrantInnen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12588
- 9.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Public Viewing zur Fußball-WM 2014  
Vorlage: V/2014/12594
- 9.6 Nachfragen der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Anfrage der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Höhe der Angemessenheitsgrenzen für die Unterkunftskosten nach SGB II und XII (Vorlagen-Nummer: V/2014/12499)  
Vorlage: V/2014/12595
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Hochwasserschutz in Halle  
Vorlage: V/2014/12598
- 9.8 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597
- 9.9 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff ( NEUES FORUM) zu den Stelen in der Glauchaer Straße  
Vorlage: V/2014/12619
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu zwei Schulhöfen  
Vorlage: V/2014/12515
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
Vorlage: V/2014/12605
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen des Supportendes der Betriebssystemversion Windows XP  
Vorlage: V/2014/12607
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum städtischen Tierheim

Vorlage: V/2014/12608

- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kontrollen bei der Hundehaltung  
Vorlage: V/2014/12609
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Konzept für ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder  
Vorlage: V/2014/12610
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Flächenverkäufen im Gebiet des Bebauungsplans 140.2  
Vorlage: V/2014/12518
- 9.17 Anfrage des Stadtrats Olaf Sieber zu Neubauten in Heide-Süd  
Vorlage: V/2014/12623
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Auswirkungen der geplanten Bauwerke im Bereich des Bebauungsplans 162  
Vorlage: V/2014/12624
10. Mitteilungen
- 10.1 Quartalsbericht IV/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG  
Vorlage: V/2014/12392
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ehrung von Frau Krystyna Wituska durch die Stadt Halle  
Vorlage: V/2014/12621
13. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates vom 12.02.2014.

#### **zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.02.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 52. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.02.2014.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2014**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte über folgenden in der Stadtratssitzung am 26.02.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss:

**zu 4.2 Wirtschaftsplan 2014 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH  
Vorlage: V/2014/12441**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH am 05. Dezember 2013 zu folgendem Beschluss:

1. Entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2014 gemäß der Anlage 1.
2. Wie dazu durch den Aufsichtsrat empfohlen, beschließt die Gesellschafterversammlung die zur Finanzierung im Jahr 2014 notwendige Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 40.000 €. Der Beschluss zur Entnahme von 65.000 € für das Jahr 2013 wird zurückgenommen.
3. Maßnahmen, die mit Fördermitteln geplant sind, stehen unter der Maßgabe der Bewilligung dieser Förderung. Sollten diese Mittel nicht wie vorgesehen zur Verfügung gestellt werden, ist über die Durchführung der Maßnahmen erneut zu beraten.
4. Der geplante projektbezogene Erfolgsanteil wird für die Finanzierung der in Anlage 2 dargestellten und durch den Verkehrsausschuss befürworteten Aufgaben/Projekte 2014 genutzt. Wenn die geplante Finanzierung der für 2014 mit Bonusmitteln geplanten Projekte nicht zustande kommt (Fördermittel, Beteiligung Dritter), wird über die Finanzierung und eine mögliche volle Ausschöpfung des projektbezogenen Erfolgsanteils erneut diskutiert werden. Die Geschäftsführung stellt sicher, dass die Verwendung den tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrag nicht überschreitet.
5. Die Gesellschafterversammlung nimmt die mittelfristige Planung zur Kenntnis.

**zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete** über die in der vergangenen Woche gegründete Europäische Metropolregion Mitteldeutschland. Diese ist ein Zusammenschluss der Wirtschaftsinitiative und der alten Metropolregion mit momentan 54 Unternehmen, 3 Kammern und 7 Städten. Der Verbund ist im Wesentlichen geprägt mit Wirtschaftsunternehmen, ergänzt durch die jeweiligen Gebietskörperschaften.

Die Neugründung der Metropolregion habe ihn veranlasst, entsprechend der dortigen Gliederung eine Veränderung in der Verwaltungsstruktur vorzunehmen.

Das Dienstleistungszentrum Wirtschaft wurde dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Die Struktur werde jetzt durch das Dienstleistungszentrum Wirtschaft, den Arbeitskreis Wirtschaft und den Hauptverwaltungsbeamten mit dem Wirtschaftsbeauftragten geprägt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte weiterhin mit, dass ein Wirtschaftsbeirat am heutigen Vormittag gegründet wurde. Der Wirtschaftsbeirat soll nach außen u. a. zur Landesregierung, zu Fördermittelgebern und zu möglichen Ansiedlungsinteressenten wirken.

Dieser Wirtschaftsbeirat setzt sich aus nachfolgenden Mitgliedern zusammen:

Vorsitz: Herr Dr. Schädlich, Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH  
Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister  
Frau Wittmann, Dell Halle GmbH  
Herr Prof. Dr. Wehrspohn, Fraunhofer Institut Halle  
Herr Papenburg, Förderverein Pro Halle e.V.  
Herr Prof. Dr. Sträter, Martin-Luther-Universität Halle  
Herr Schenkel, Saalesparkasse Halle  
Herr Lux, Stadtwerke Halle GmbH  
Herr Ciesiolka, PS Union Halle  
und dem Wirtschaftsbeauftragten.

Der Wirtschaftsbeirat habe im Wesentlichen Repräsentationsaufgaben, aber auch die Festlegung von Marketingstrategien zur Aufgabe. Dabei gehe es darum, Investoren für Ansiedlungen zu gewinnen. Das Gremium sei sich einig darüber, sogenannte Erfolgshonorare zu erteilen, wenn eine erfolgreiche Ansiedlung durchgeführt wurde bzw. eine Person einem Unternehmen einen entsprechenden Hinweis zu einer erfolgreichen Ansiedlung gegeben hat.

Es werde dazu ein Grundsatzbeschluss vorbereitet, welcher in den nächsten Monaten dem Stadtrat zur Diskussion vorlegt werden soll.

Dem repräsentativen Gremium gegenübergestellt ist der Arbeitskreis Wirtschaft, der mit der konkreten Umsetzung von Arbeitsprojekten zur Förderung der Wirtschaft in der Stadt Halle befasst ist. Dabei gehe es vor allem um die Weiterentwicklung von Gewerbeflächen.

Der Arbeitskreis Wirtschaft setzt sich aus nachfolgenden Mitgliedern zusammen:

- Leiter Dienstleistungszentrum Wirtschaft
- Vertreter Stadtwerke Halle
- Prorektor Martin-Luther-Universität Halle (MLU)
- Geschäftsführer Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG)
- Geschäftsführer Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG)
- Vertreter Saalesparkasse
- Vertreter Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK)
- Vertreter Handwerkskammer Halle
- Vertreter Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH (MMZ)
- Vertreter Metropolregion
- und dem Wirtschaftsbeauftragten.

Die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Wirtschaft findet in der nächsten Woche statt.

Zum Dienstleistungszentrum Wirtschaft führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass dessen Arbeit darin bestehe, vorrangig Bestandsunternehmen zu fördern und stärker zu unterstützen. Damit wolle man erreichen, dass die Bestandsunternehmen die positiven Botschaften aus der Stadt weiter tragen, was eine positive Wirkung auf Neuansiedlungen haben kann.

Weitere Aufgaben bestehen darin, Genehmigungen, Fördermittelfinanzierung und Vernetzungen zu optimieren.

Eine Besonderheit gäbe es dahingehend, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als zentrale Ansprechpartner tätig sind. Einem Unternehmen wird ein Ansprechpartner zugeordnet, welcher innerhalb der Verwaltung geschäftsübergreifende Kompetenzen besitzt.

Bezüglich der Organisationsstruktur des Dienstleistungszentrums Wirtschaft informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die dort tätigen Teams:

- Team Bestandsunternehmen
- Team Ansiedlungen
- Team Standortentwicklung.

Im Team Standortentwicklung gehe es im Besonderen darum, die Gewerbeflächen weiter zu entwickeln, die Fragen nach dem STAR-Park zu beantworten, das TGZ (Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH) in Zusammenarbeit mit der Metropolregion, aber auch konkrete Einzelprojekte wie das City-Management weiter zu entwickeln.

Zum aktuellen Stand MMZ teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass jetzt das Schadensgutachten vorliege. Es weise eine Schadenshöhe von 21,615 Mio. Euro aus. Die Inbetriebnahme der Kintonmischanlage und die Lüftung werden nach der zwingend vorzunehmenden VOL-Ausschreibung im Oktober 2014 fertig sein.

Zur Beschaffung der Kintonmischanlage liegt eine schriftliche Bestätigung der Versicherung in Höhe von 960.000 Euro vor. Zusätzlich werden Flutmittel in Höhe von 150.000 Euro für die Lüftung bereitgestellt.

Zunächst werde noch ein Variantenvergleich und die angekündigte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Standortes und möglichen Ausbauvarianten durchgeführt. Hier gehe es darum, die Entwicklungsperspektiven des MMZ deutlich darzustellen und einzuarbeiten. Dies werde im April 2014 beendet sei. Danach erfolgt die Abstimmung zwischen dem Fördermittelgeber und den Gremien zur Vorzugsvariante bis Mai 2014. Die Durchführung der VOF-Verfahren zum Projektsteuerer, zur Objektplanung, zur Heizung etc., soll im Juni 2014 sowie eine Planungs- und Konzeptionsphase im Dezember 2014 fertiggestellt sein.

Zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept der Theater, Oper und Orchester GmbH berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass im Haushalt der Stadt für 2014 ein Zuschuss von derzeit 20,7 Mio. Euro bestätigt sei.

Nach dem Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept müsse für das Jahr 2015 ein Zuschuss von 25,7 Mio. Euro gezahlt werde. Im Jahr 2016 werden es 26,1 Mio. Euro sein, 2017 dann 21,3 Mio. Euro, 2018 wieder 24,3 Mio. Euro und im Jahr 2019 21,9 Mio. Euro.

Hier zeige sich, welche Belastungen in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen werden. Mit dieser Situation müsse man umgehen und es werde versucht, innerhalb des Haushaltes 2015 entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Aus seiner Sicht sei dabei auch der Gesamtkonzern gefordert, da der städtische Haushalt dies kaum allein bewältigen könne.



### **Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der von der BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 22. Oktober 2013 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	186.714,57 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	32.432.684,56 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird mit dem Verlustvortrag verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Herrn Rolf Stiska, wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2012/2013 Entlastung erteilt.

### **zu 6.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements Vorlage: V/2013/11956**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss (in geänderter Form/Text):**

Der Stadtrat beschließt die „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements“.

### **zu 6.4 Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2015/ 2016 Vorlage: V/2014/12537**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, informierte, dass ihre Fraktion die Aufstellung eines Doppelhaushaltes für nicht zielführend halte. Die Verwaltung könne aber daran arbeiten, die jährlich durchzuführenden Haushaltsberatungen stringenter durchzuführen.

Zum gleichen Thema führte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, dass er erwartet habe, dass die Verwaltung auf die konkrete Kritik zur Aufstellung eines Doppelhaushaltes reagiert und die Hinweise und Anregungen aufgenommen werden.

Dies sei nicht erfolgt und seine Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag nicht, auch vor dem Hintergrund, dass sich der Doppelhaushalt einem Bürger noch weniger erschließen und diesen noch weniger motivieren wird, sich daran zu beteiligen.

Es stelle zwar eine Vereinfachung für die Administration dar, für das Politische und die Bürgerbeteiligung sei es aber kein günstiger Weg und deswegen werde die Ablehnung empfohlen.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, dankte der Verwaltung für die Beschlussvorlage, welche erstmalig mit einer Abwägung von Vor- und Nachteilen vorgelegt wurde.

Zum Beschlussvorschlag sei zu bedenken, dass man dem neu gewählten Stadtrat einer hohen Belastung aussetzen würde. Auch müsse nach einem Haushaltsjahr die Möglichkeit gegeben werden, die Zahlen zu prüfen und nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, um den Haushalt zu ordnen.

Aus diesem Grund lehne auch seine Fraktion einen Doppelhaushalt ab.

Zur Begründung für die Einbringung der Vorlage führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass eine Darstellung von Möglichkeiten der Haushaltsaufstellung aufgezeigt werden sollte und im Stadtrat darüber entschieden werden könne, wie die Verwaltung weiterarbeiten und den Haushalt vorbereiten soll.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt ab dem Haushaltsjahr 2015 die Haushaltsplanungen in Form von Doppelhaushalten aufzustellen.*

**zu 6.6 Widmung des Heidelbeerweges**  
**Vorlage: V/2014/12419**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung des Heidelbeerweges zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

**zu 6.7 Kulturpolitische Leitlinien**  
**Vorlage: V/2013/11904**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass mit der Vorlage vorgesehen sei, die Kulturpolitischen Leitlinien zu beschließen und nicht die angehangenen Zielsetzungen.

Die Zielsetzungen seien erst nachträglich als Anlage beigefügt worden und es habe keine ausreichende Beratung dazu gegeben. Sie seien fehlerhaft und unklar und sollten nicht Bestandteil der Vorlage sein.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, verwies darauf, dass es in allen Gremien eine klare Mehrheit zu den Kulturpolitischen Leitlinien und zu den Zielsetzungen gegeben habe. Sie fand die Aussagen von Herrn Feigl dazu unredlich.

Es habe umfangreiche Diskussionen und Abstimmungen dazu gegeben und sie bat darum, die Leitlinien in allen drei Teilen, einschließlich der Zielsetzung zu beschließen.

Zum gleichen Thema führte **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, aus, dass die Leitlinien notwendig sind und seine Fraktion auch den Zielsetzungen zustimmen wird, da bei diesen auch immer Verfeinerungen möglich seien.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, erinnerte an den langen Prozess zur Erarbeitung der Kulturpolitischen Leitlinien. Jetzt liege die überarbeitete Fassung vor und im Kulturausschuss sei die Beschlussfassung der Zielsetzungen mit den Kulturpolitischen Leitlinien abgesprochen worden.

Sie wies jedoch darauf hin, dass man sich in einer Arbeitsgruppe darauf verständigt hatte, dass die erste Fassung der Zielsetzungen nicht mit in den Leitlinien enthalten sein sollte. Dies habe die Mehrheit im Kulturausschuss aber nicht bestätigt und insofern war die zweite Fassung im Kulturausschuss mehrheitlich beschlossen und sei Teil der Kulturpolitischen Leitlinien.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE** äußerte sich dahingehend, dass er auch zu den Kulturpolitischen Leitlinien stehe, sich aber frage, was nach der Beschlussfassung passiere und was mit den Leitlinien bewirkt werden soll. Ebenso müsste es Klarheit darüber geben, für wen die Leitlinien aufgestellt worden sind.

Seiner Meinung nach müssen die Leitlinien ständigen Entwicklungsprozessen angepasst werden.

Desweiteren verwies **Herr Dr. Bartsch** auf eine aktuelle Information mit der Aussage, dass rund 90 % der Bevölkerung, bezogen auf die Bundesrepublik, keinen oder nur ganz seltenen Kontakt zu kulturellen Einrichtungen haben. Und nur 10 % der Bevölkerung hätten regelmäßige Kontakte zu künstlerischen Einrichtungen.

Seiner Meinung nach treffe dies auch auf die Stadt Halle zu. Deshalb müssten sich die Kulturpolitischen Leitlinien verstärkt auf diesen Anteil der halleschen Bevölkerung konzentrieren. Man sollte sich Gedanken darüber machen, diese 90 % einzubeziehen, um zu erfahren, welche kulturellen Bedürfnisse diese haben. Darauf werde in den Leitlinien bisher nicht eingegangen.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies darauf, dass ihre Fraktion die erarbeiteten Leitlinien befürworte, man aber ein Problem mit den kurzfristig angefügten Zielsetzungen habe. Diese bilden nicht die Bandbreite der kulturpolitischen Leitlinien ab. Bezüglich eines Beschlusses machte sie darauf aufmerksam, dass nicht die Zielsetzung beschlossen werde, weil der Beschlussvorschlag laute: „Der Stadtrat beschließt die Kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale).“

Erst in der Begründung werde auf die Anlage verwiesen.

Aus diesem Grund werden ihrer Meinung nach nur die Kulturpolitischen Leitlinien beschlossen und man hätte die Möglichkeit, die Zielsetzungen im Kulturausschuss noch einmal gesondert zu beraten.

**Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass es im Kulturausschuss ausreichende Gelegenheit für redaktionelle Änderungen zu den Kulturpolitischen Leitlinien gab.

Es gab einen gemeinsamen Beschluss und eine Empfehlung aus dem Kulturausschuss, die Leitlinien wie vorliegend zu behandeln. Dieser Beschluss sollte von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN akzeptiert werden, auch wenn man ihn aus politischen oder redaktionellen Gründen nicht richtig finde.

Der Beschluss stellt das Ende eines langen Prozesses mit vielen Beteiligten dar und die ersten Ergebnisse seien schon jetzt spürbar. Das Papier werde als Auftrag an die Verwaltung und die Kulturszene der Stadt gesehen.

Seine Fraktion werde der Vorlage mit den Zielsetzungen zustimmen.

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, schlug der Verwaltung vor, die Zielsetzungen mit in den Beschluss aufzunehmen, um Klarheit über die Abstimmung des Beschluss zu haben.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, dass die Leitlinien mit dazu beitragen sollen, die von Herrn Dr. Bartsch genannten Zahlen für die Stadt Halle zu verbessern. Auch habe es schon mehrfach Leitlinien für die Kultur gegeben, welche aber nicht vom Stadtrat beschlossen waren. Jetzt wurden im Verlaufe eines Prozesses und im Ergebnis dessen, die Leitlinien herausgearbeitet.

Bezüglich der Anlagen merkte **Herr Dr. Wöllenweber** an, dass es sich bei der Anlage 1 um die Kulturpolitischen Leitlinien handelt und Anlage 2 sei die Zielstellung. Wenn man diese Zielstellung nicht zur Beschlussfassung bringe, müssten die Kulturpolitischen Leitlinien auch aus der Vorlage genommen werden.

Er bat um Zustimmung der Vorlage zu den Kulturpolitischen Leitlinien, welche jederzeit auch überprüfbar und veränderbar seien.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (Änderungen in Text/Form):**

Der Stadtrat beschließt die Kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-76 Saalekreisvolkshochschule raus aus Halle  
Vorlage: V/2014/12492**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Vorschlag B-76 Saalekreisvolkshochschule abzulehnen, da eine Umsetzung nicht im Sinne der Kooperation zwischen den Volkshochschulen ist, und
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

### **zu 6.9      Bürgerhaushalt Vorschlag B-12 SPORTHALLEN Vorlage: V/2014/12520**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass der Beschlusstext nicht der Wirklichkeit entspreche. Er verwies darauf, dass der vorliegende Vorschlag im Wesentlichen darauf beruhe, auf eine Steuerungswirkung bezüglich der Hallennutzung zu hoffen, wenn die Betriebskosten ordnungsgemäß umgelegt werden.

Bereits vor drei Jahren habe es einen Beschluss im Hauptausschuss gegeben, dass der Stadtsportbund freiwillig eine Beteiligung an den Betriebskosten leistet, um auch der Lenkungswirkung zu entsprechen. Die Umsetzbarkeit sei problemlos gegeben. Die Behauptung im Beschlussvorschlag, dass es keine Umsetzbarkeit gäbe, sei falsch und die Stadt sollte mit dem Stadtsportbund in die Diskussion gehen, um das Verfahren zu nutzen.

Nach Ansicht von **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sei der Bürgervorschlag positiv formuliert und werde von der Verwaltung dahingehend umgedreht, eine Zustimmung des Stadtrates zu bekommen.

Dies sei nicht Inhalt und Zweck des Bürgerhaushaltes und treffe auf alle drei Vorlagen zu Bürgervorschlägen zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den Vorschlag B-12 SPORTHALLEN **abzulehnen, da eine Umsetzbarkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben ist,**
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

### **zu 6.10      Bürgerhaushalt Vorschlag B-30 Schwimmhalle Robert Koch Vorlage: V/2014/12522**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den Vorschlag B-30 Schwimmhalle Robert Koch **abzulehnen, da eine Umsetzbarkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben ist,**
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.11 Dritte Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)  
Vorlage: V/2013/12133**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt für die Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule die Brandschutzgrundsicherung, die Erneuerung der Elektroversorgung und sonstige bauliche Leistungen für das gesamte Schulhaus.

**zu 6.12 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014 bis 31.12.2014  
Vorlage: V/2013/12146**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE,** merkte kurz an, dass die Jugendhilfeplanung zum 01.01.2014 begann und erst jetzt darüber beschlossen werden soll. In diesem Zusammenhang gab er den Hinweis, In Zukunft darauf zu achten, die Bedarfsplanung des Folgejahres schon im Dezember des Vorjahres zum Abschluss zu bringen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2014. (Anlage 1)



## **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Bürgervorschlag für „erledigt“ zu erklären, da durch den Stadtrat am 27.11.2013 die neue Kostenbeitragsatzung für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) beschlossen worden ist.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

### **zu 6.15 Bürgerhaushalt Vorschlag B-10 - Grundschule Glaucha Vorlage: V/2014/12527**

---

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, merkte an, dass im Bürgervorschlag die Bitte geäußert wurde, die Grundschule Glaucha zu sanieren. Dieses Anliegen verfolge auch der Stadtrat schon seit vielen Jahren mit mehreren Beschlussfassungen. Aus diesem Grund bat sie darum, den Bürgervorschlag nicht für erledigt zu erklären, sondern diesen im Sinne des Bürgers zur Abstimmung zu bringen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den Bürgervorschlag, die Grundschule Glaucha zu sanieren und nutzbar zu machen vor dem Hintergrund des bestehenden Ratsbeschlusses und der bisherigen Planungen als erledigt zu erklären.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

### **zu 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports Vorlage: V/2014/12651**

---

#### **zu 6.16.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle zur Dringlichkeitsvorlage: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports (V/2014/12651) Vorlage: V/2014/12679**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion mit der Spezifizierung des Beschlusses. Im Moment gäbe es nur den Beschluss zur Bereitstellung von Finanzmitteln.

Mit dem Änderungsantrag soll festgelegt werden, dass mit dem Geld eine Halle mit den vorgeschlagenen Maßen und der Kapazität erbaut wird. Die Zahlen und die Mindesteinrichtung seien mit dem nutzenden Verein abgestimmt.

Aus Sicht seiner Fraktion müsse dargelegt werden, was für das Geld erwartet wird und **Herr Kley** bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Kley verwies **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, darauf, dass im Änderungsantrag keine Angaben zu den sich daraus tatsächlich ergebenden Kosten genannt werden.

Aus seiner Sicht müsse vorher noch geklärt werden, ob man bei Realisierung des Beschlussvorschlages der FDP-Fraktion im Rahmen der 2,9 Mio. € bleibe oder nicht.

Aus diesem Grund könne dem Änderungsantrag nicht zugestimmt werden.

Dagegen halte er die von der Verwaltung eingereichte Beschlussvorlage für ausreichend. Diese wurde im Finanzausschuss sehr ausführlich diskutiert. Neu sei jetzt nur die spätere multifunktionale Nutzung. Dies habe wesentlich dazu beigetragen, dass der ursprüngliche niedrigere Kostenansatz jetzt bei rund 3 Mio. € liegt.

Vor diesem Hintergrund bat **Herr Dr. Meerheim** darum, der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, schloss sich den Worten von Herrn Dr. Meerheim insofern an, dass im Änderungsantrag ein hohes Risiko in Bezug auf die Finanzen liege.

Andererseits müsse aber auch betrachtet werden, dass zum Beispiel die Anzahl der Sitzplätze etwas damit zu tun habe, wie sich die wirtschaftliche Kalkulierbarkeit der Vereine darstelle. Der Antrag lasse erkennen, dass man eigentlich noch einmal eine Diskussion dazu führen müsste.

Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten, da aus ihrer Sicht das Risiko im Hinblick auf die Finanzen überwiege.

**Herr Wolter, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion die Konkretisierung von dem darstelle, was im Finanzausschuss besprochen wurde. Auf Grund der Zeitschiene könne man nicht ausführlicher darüber diskutieren, jedoch hätten die Fraktionen die Gelegenheit, während der Stadtratssitzung Einblick in die Ausschreibungsunterlagen zu nehmen. Mit dieser Information sei man im Finanzausschuss auseinandergegangen.

Mit der vorgelegten Zeitschiene hatte die Verwaltung dargelegt, morgen mit der Ausschreibung zu beginnen. Das heißt, dass konkrete Ausschreibungsunterlagen schon vorliegen müssen.

Bezüglich der allgemeinen Formulierung in der Beschlussvorlage, die sich nur auf die überplanmäßige Ausgabe bezieht, habe Herr v. Rissenbeck, Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, in der Finanzausschusssitzung signalisiert, dass der gesamte Antrag Eissport erst Ende 2014 bzw. Anfang 2015 als Komplettantrag mit Eissporthalle, Eisdom und Eiszelt gestellt wird.

Seiner Meinung nach stelle sich jetzt die Frage, welche Leistung hinter den 2,9 Mio. € stehen. Durch die Verwaltung müsse jetzt eine Konkretisierung dahingehend vorgenommen werden, auf die im Änderungsantrag der FDP-Fraktion dargestellten Punkte zu reagieren.

**Herr Wolter** bat um eine Auszeit, um noch einmal in der Fraktion darüber zu diskutieren, ob dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zugestimmt werden kann. Grundsätzlich halte seine Fraktion eine Konkretisierung für notwendig.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, hielt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion für kritisch, da er einen Leistungskatalog enthält, der nicht dem entspricht, was laut Darstellung der Verwaltung in den 2,9 Mio. € tatsächlich enthalten sein soll. Dies stelle ihrer Meinung nach ein Risiko bezüglich der Kosten und der Gesamtkalkulation dar.

**Frau Krausbeck** fragte die Verwaltung, was mit der Aussage gemeint sei, dass die Aufbau- und Umsetzungskosten in der Kostenaufstellung enthalten sind.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, warb ebenfalls für den Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Sie führte aus, dass in dem von der Verwaltung vorgelegten Papier keine konkreten, schriftlich geäußerten Vorstellungen, gerade hinsichtlich der Zuschauerkapazitäten, benannt werden.

Ebenso wurde der Wille geäußert, dass an dem im Rahmen der Sportförderung zu zahlenden jährlichen Zuschuss in Höhe von 211.000 € für die Eissportvereine nicht gerüttelt werden soll. Somit müsse man den Eissportvereinen auch die Gelegenheit geben, sich den Rest der Kosten selbst zu finanzieren. Und dazu brauchen sie mindestens die angegebenen Zuschauerkapazitäten.

Wenn für die kommenden nächsten Jahre, in denen der Eisdome genutzt werden soll, ähnliche Zuschauerkapazitäten vorgehalten werden, wie in dem jetzigen kleinen Eiszelt, bedeute es das finanzielle Aus für die Vereine. Auch die Kapazitäten von Sponsoren in und um Halle seien nicht endlos und die Vereine hätten nur die Möglichkeit, sich über erhöhte Zuschauerkapazitäten zu finanzieren.

Die äußere Hülle des jetzt geplanten Eisdoms würde die im Änderungsantrag vorgeschlagene Kapazität rein platzmäßig fassen und es gehe lediglich darum, innen die entsprechenden Plätze hinein zubauen.

Das finanzielle Risiko finde sie nicht so bedeutend, zumal die Ausstattung im Neubau der Eissporthalle verwenden könne. Auch der vorgeschlagene Zuschnitt der Kabinen mache keinen großen finanziellen Unterschied.

Abschließend bat **Frau Raab** darum, sich im Sinne der Umsetzungsmöglichkeiten für die Nutzung und die weitere Existenz der Vereine in dieser neuen Übergangslösung für eine Konkretisierung zu entscheiden und dem Änderungsantrag ihrer Fraktion zuzustimmen

**Herr Müller, CDU-Fraktion** äußerte sich dahingehend, dass er dem Änderungsantrag positiv gegenüberstehe. In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung um Auskunft, welche Punkte man daraus für problematisch erachte. Es müsse auch für die Verwaltung nachvollziehbar sein, dass der Stadtrat wissen will, was für die 2,9 Mio. € an Leistung erbracht werden soll.

Auch **Herr Krause** bat um eine Stellungnahme der Verwaltung, da in der Anlage zur Beschlussvorlage viele der im Änderungsantrag der FDP-Fraktion geforderten Leistungen schon aufgeführt seien.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, verwies auf die Gespräche mit den Vereinen, in denen abgestimmt wurde, welche Leistungen gebraucht werden. Vieles davon finde sich in der Vorlage der Verwaltung wieder. Zurzeit befinden sich die Ausschreibungsunterlagen noch in Arbeit.

Desweiteren wies **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** darauf hin, dass es ein Risiko wäre, sich in der Planung gleich auf Zahlen festzulegen. Jedoch müsse berücksichtigt werden, innerhalb des Kostenrahmens zu bleiben und anschließend die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sichern.

Laut Planung habe man eine feste Grundkapazität von 1.500 Plätzen vorgesehen, mit der Möglichkeit, weitere Tribünen anzumieten, so dass insgesamt 2.500 Besucher Platz finden können. Ebenso werde es Kabinen für die Mannschaften, Räume für Lagermöglichkeiten, für Catering, Sanitärräume und einen VIP-Bereich geben. Es könnte jedoch sein, dass die Zahlen in der Planung geringfügig angepasst werden müssen.

Die Ausschreibung geht über die Vergabestelle und hier sei es möglich, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen.

**Frau Raab** machte darauf aufmerksam, dass zusätzliche Anmietungen von Zuschauerplätzen auch zusätzliches Geld koste und am Ende teurer sei, als ein sofortiger Einbau.

**Herr Dr. Meerheim** erinnerte daran, dass die Verwaltung erklärt hat, dass wesentliche Teile der im Änderungsantrag der FDP-Fraktion aufgeführten Leistungen in der Beschlussvorlage der Verwaltung benannt werden, ohne dass sie Gegenstand des Beschlusses sind.

Aus diesem Grund könnte man die Formulierung im Änderungsantrag als maximale Zielstellung formulieren. Und wenn diese Zielstellung nicht erreicht wird, müsse die Verwaltung eine Information im Finanzausschuss geben, ob es Veränderungen zum Beispiel bezüglich der Verteilung der Platzzahlen gibt.

Wenn man sich jedoch mit einem Beschluss zum Änderungsantrag festlege, habe die Verwaltung keinen Spielraum und müsste sofort jede Ausschreibung aufhalten, wenn vom Ergebnis abgewichen werde.

Mit der Zielstellung werden der Verwaltung Variantenmöglichkeiten in der Verhandlung mit den Leistungsanbietern offen gelassen. Auch sei es wegen der engen Zeitschiene nicht möglich, noch einmal mit einem extra Beschluss in die Gremien zu gehen. Dann wäre die Zeitschiene bis 01.09.2014 nicht zu schaffen.

Wenn vom Antragsteller sein Vorschlag zur Zielstellung angenommen wird, könne auch seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen.

Weiterhin bat **Herr Dr. Meerheim** die Verwaltung um Prüfung, ob man das im Kreuzvorwerk gelagerte Parkett einer anderen Sporthalle zur Verfügung stellen könnte. Dazu werde es auch noch einen Antrag geben.

**Frau Hintz, SPD-Fraktion** stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim zu. Ihre Fraktion hätte sich jedoch gewünscht, dass die Verwaltung in Bezug auf konkrete Zahlen, aussagefähiger gewesen wäre. Ihrer Meinung nach hätte man gleich in die Planung die Varianten mit auführen können.

Den Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim, im Änderungsantrag eine Maximalforderung zu formulieren, könne ihre Fraktion mittragen.

**Herr Kley** erklärte, dass es im Moment nur eine Summe von 2,9 Mio. € in der Vorlage gäbe und man vor der Beschlussfassung genau wissen möchte, wie die Halle aussieht und ob diese wirtschaftlich funktionieren wird.

Seiner Meinung nach gäbe es ansonsten drei Möglichkeiten. Die eine wäre, dass man im Laufes des Vergabeverfahrens erfährt, dass eine Halle in dieser Größe mindestens 2 Mio. € mehr kostet.

Die zweite Variante sei eine kleinere Halle, welche aber wirtschaftlich schlecht läuft und da sie gefördert werden muss, die Stadt nicht nur 211.000 €, sondern 500.000 € bezuschussen müsse.

Als dritte Variante sehe er, dass kein Verein mehr in der Lage wäre, dort Eissport zu betreiben, weil die Halle wirtschaftlich nicht funktioniert. Dann müsste die Halle zugemacht werden oder die Stadt bezahlt sie auch, weil sie gefördert war.

Der Änderungsantrag seiner Fraktion beinhalte Minimalforderungen, denn man hatte eine Halle mit 4.000 Zuschauerplätzen, welche häufig ausverkauft waren. Jetzt brauche man eine Garantie, dass das Mindeste für 3 Mio. € errichtet werden kann.

Auch **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach sich für eine Verständigung auf bestimmte Mindestanforderungen aus. Ebenso sollte in der Vorlage erwähnt werden, welche Leistungen für das Geld erbracht werden können.

**Frau Foerster, Fachbereichsleiterin Bauen**, informierte hinsichtlich der Vorschriften für den Brandschutz und teilte mit, dass es eine Grenze bei einer Besucherzahl von 1.500 Plätzen gäbe. Sollte eine größere Besucherzahl in eine solche Halle gebracht werden, sind zusätzliche Brandschutzmaßnahmen erforderlich, die insbesondere hinsichtlich der Entrauchung der Halle zu einem finanziellen Aufwuchs führen würden.

Die bisher erfolgten Planungen sehen zunächst keine solchen Entrauchungsmaßnahmen vor. Es wäre dann jedoch nicht auszuschließen, dass es zu Mehrkosten kommt.

**Herr Dr. Meerheim** bezog sich auf die der Vorlage beigelegten Zeichnungen und machte darauf aufmerksam, dass er bei der Zusammenrechnung der Zuschauerzahlen mit der Erweiterung auf 4.000 Plätze komme.

In diesem Zusammenhang fragte er die Verwaltung, ob die von der FDP-Fraktion geforderten Zuschauerplätze im Rahmen dessen liege, was in der Vorlage der Verwaltung kostenseitig bestätigt werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete dahingehend, dass es nicht garantiert werden könne. Er machte noch einmal deutlich, dass der Zuschauerschnitt in der vergangenen Saison bei ca. 400 bis 500 Zuschauern lag.

In Bezug auf die von Frau Foerster genannten Zahlen zum Brandschutz merkte **Herr Wolter** an, dass diese nicht mit der Skizze in der Planung identisch seien. Aus diesem Grund bat er um eine verbindliche Auskunft zu den genauen Planzahlen für die Zuschauerplätze.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die Begründung in der Vorlage, auf welcher sämtliche Planungen beruhen.

**Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** machte noch einmal deutlich, dass die Verwaltung den Ansatz einer festen Grundkapazität von 1.500 Plätzen habe, mit genügend Platz, diese durch Anmietung zu erweitern.

Bezüglich der Ausführungen von Frau Dr. Marquardt machte **Herr Krause** darauf aufmerksam, dass diese der Aussagen von Frau Foerster zu den Brandschutzmaßnahmen widersprechen. Laut Frau Foerster müssten bei einer Erweiterung der Zuschauerplätze weitere Brandschutzmaßnahmen in Betracht gezogen und finanziert werden. Dem könne man so nicht zustimmen. Auch wäre seine Fraktion der Annahme, dass die von der Verwaltung geplanten 1.500 Plätze unwirtschaftlich sind.

**Herr Krause** fragte nach den finanziellen Auswirkungen, wenn im Sinne einer Erweiterung auf 2.500 Plätze die entsprechenden brandschutztechnischen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Sollten die geplanten 2.9 Mio. € nicht ausreichen, müsste die Option auf Erweiterung gestrichen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** begründete die Erweiterung dahingehend, dass man optional für einzelne Spiele möglicherweise neue Tribünen aufstellen wird und versucht, für Einzelspiele Ausnahmenvorschriften im Rahmen des Brandschutzes zu erlangen. Generell müsse man es aber bei den 1.500 Plätzen belassen.

Momentan werde diese Zuschauerzahl nicht erreicht. Deshalb sei der Ansatz von 1.500 Plätzen für die Übergangszeit ausreichend.

Desweiteren wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass heute ein Votum notwendig sei, damit man mit den Planungen bis zum Saisonbeginn fertig werde. Auch müsse ein Spielraum belassen werden, um Möglichkeiten für flexible Verschiebungen innerhalb des Ansatzes zu haben.

Seiner Meinung nach gehen die Vorschläge der FDP-Fraktion möglicherweise weit darüber hinaus und können haushaltsmäßig nicht abgebildet werden.

Auf die Anfrage von **Frau Krausbeck**, ob die Kosten der Umsetzung des Eisdoms für die endgültige Lösung mit in den Kosten enthalten ist, teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass es bei der Vorlage um die überplanmäßige Ausgabe für eine Sporthalle geht, die interimistisch als Eisdome genutzt werden soll.

Zur endgültigen Eissporthalle wird es eine andere Vorlage geben, welche aber jetzt noch nicht vorliegt. Ebenso sei die endgültige Lösung der Standortfrage noch nicht geklärt.

In Bezug auf den Brandschutz machte **Herr Müller** darauf aufmerksam, dass es in der Brandbergehalle auch ein Problem mit der Entrauchung gab.

Ihn würde interessieren, welche Kosten für die Maßnahmen anfallen würden, die erforderlich wären, um das ganze brandschutztechnisch in den erforderlichen Stand zu versetzen und was es mehr koste, wenn der Brandschutz nicht nur für 1.500, sondern für 2.500 Zuschauer gemacht werde.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.16.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle zur Dringlichkeitsvorlage: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports (V/2014/12651) Vorlage: V/2014/12679**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Text ergänzt:*

*Die modulare Halle hat zum benannten Preis die folgenden Spezifikationen:*

- 1. uneingeschränkte Nutzbarkeit der Halle für den Eissport spätestens zum Saisonbeginn am 01. September 2014,*
- 2. Platz für 2500 Besucher, davon 1850 Stehplätze, 400 Sitzplätze im öffentlichen Bereich und 250 Sitzplätze im VIP-Bereich,*
- 3. eine ausreichend große Kabine für die Erwachsenenmannschaften, in die alle Spieler einer Mannschaft hinein passen, statt mehrerer kleiner Kabinen,*
- 4. ausreichend Kabinen für den Nachwuchs und*
- 5. einen Sponsorenbereich mit 350 m<sup>2</sup> Nutzfläche.*

**zu 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports  
Vorlage: V/2014/12651**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung und Errichtung einer modularen Halle nebst Infrastruktur und Integration des Eishockeysports in Höhe von maximal 2.970.000 €. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Fluthilfe.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, erklärte, dass er die Abstimmung zum Neubau der Eishalle bedauert und dass keine Zeit war, sich noch ausführlicher mit dem Thema zu beschäftigen.

Im Interesse des Eissports in der Stadt musste heute eine solche Entscheidung getroffen werden. Bei mehr Zeit hätte man auch darüber nachdenken können, wenn nur 1.500 Zuschauer im neuen Eisdome Platz finden, für die 2,9 Mio. €, die die Stadt für den Abriss bekommt, das Zelt von der Halle-Messe abzukaufen. Für den Rest des Geldes hätte man noch eine neue Sporthalle bauen können.

Heute war aber keine andere Lösung denkbar und auch nicht umsetzbar, da die Partner nicht vor Ort waren, um über solche wichtigen Dinge abzustimmen bzw. die Zulässigkeit zu prüfen.



**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, konnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE, nachvollziehen. Trotzdem werde er dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen, mit der Begründung, dass es in einem Eilverfahren negative Diskussionen in der Stadt geben könnte.

Wenn der Name Nelson Mandela auf die Prioritätenliste gesetzt wird, habe man sich dazu bekannt, eine Entscheidung zur Würdigung zu treffen.

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela, V/2014/12396  
Vorlage: V/2014/12625**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, eine Straße, einen Platz oder einen Park in Halle (Saale) nach dem verstorbenen Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela zu benennen.

~~Die Verwaltung unterbreitet dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 26. 02. 2014 einen konkreten Vorschlag.~~

***Der Name des Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela wird in die Prioritätenliste zur Vergabe von Straßennamen eingearbeitet.***

**zu 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela  
Vorlage: V/2014/12396**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, eine Straße, einen Platz oder einen Park in Halle (Saale) nach dem verstorbenen Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela zu benennen.

~~Die Verwaltung unterbreitet dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 26. 02. 2014 einen konkreten Vorschlag.~~

***Der Name des Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela wird in die Prioritätenliste zur Vergabe von Straßennamen eingearbeitet.***

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Coverabbildungen im Katalog der Stadtbibliothek  
Vorlage: V/2014/12395**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Antrag damit, dass in der Stadtbibliothek die Coverabbildungen nicht automatisch zu einem großen Internethändler für Bücher verlinkt, sondern die lokalen Buchhändler gefördert werden.

Der Kulturausschuss habe diesem Antrag schon zugestimmt und **Herr Feigl** bat um Zustimmung zum Antrag.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig im Katalog der Stadtbibliothek auf eine Verlinkung der Coverabbildungen von Medien zu amazon.de zu verzichten und ein kostenfreies Angebot zur Covernutzung der MVB Marketing- und Verlagsservice des Buchhandels GmbH zu nutzen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015**  
**Vorlage: V/2014/12398**

---

**zu 7.10.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015 - V/2014/12398**  
**Vorlage: V/2014/12554**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies darauf, dass Ziel sein sollte, dass sich der Haushalt für die Stadträtinnen und Stadträte selbst erkläre. Aus diesem Grund wurde eine Liste mit Erläuterungen erstellt, um den Haushalt nachvollziehbar zu machen.

Wenn der Haushalt selbst erklärend wäre, könnten die Haushaltsberatungen auch gekürzt werden und man könne sich auf die noch offenen Fragen beschränken.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Punkt c) merkte **Frau Krausbeck** an, dass die Beiträge zur Haushaltskonsolidierung, die im Haushalt festgelegt werden, durch die Verwaltung sichtbar zu machen sind.

Bezüglich des Punktes f) wies sie darauf hin, dass dieser nichts mit der Erläuterung des Haushaltsentwurfes zu tun habe, sondern lediglich die Kontrolle der Haushaltsumsetzung betrifft.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, informierte darüber, dass ihre Fraktion die Streichung des Punktes c) zurückzieht.

In Bezug auf den Punkt c) machte **Herr Bürgermeister Geier** darauf aufmerksam, dass dieser in der vorliegenden Form nicht umsetzbar sei. Dies habe aus seiner Sicht den Grund, dass die Verwaltung gehalten ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dazu müsse die Verwaltung die Möglichkeit haben, intern bestimmte Arbeitsvorgaben zu definieren, die dann in den Haushaltsentwurf münden.

**Frau Krausbeck** widersprach Herrn Bürgermeister Geier dahingehend, dass zum Beispiel im Bereich Grünflächen und im Bereich Spielplätze im letzten Jahr pauschale Beträge zur Einsparung vorgesehen waren und diese bereits zu den Erläuterungen im Haushalt dargestellt werden sollten.

Abschließend machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass er verpflichtet sei, den Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Interne Vorgaben seien aber nicht Diskussionsgrundlage im Stadtrat.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und auf Antrag von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erfolgte die Einzelpunktabstimmung.

**zu 7.10.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015 -  
V/2014/12398  
Vorlage: V/2014/12554**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

B.-Punkt 1a	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 1b	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 1c	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 1d	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 1e	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 1 f	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Haushaltsplanentwurf 2015 folgende zusätzliche Erläuterungen in geeigneter Form aufzunehmen:
  - a. Darstellung aller neu vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes mit jeweiliger Kurzbeschreibung
  - b. Darstellung aller - im Vergleich mit dem Investitionsprogramm des HH 2014 - nicht mehr für eine Umsetzung vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes ab einem Wertumfang von 50.000 € mit jeweiliger Kurzbeschreibung
  - c. **Darstellung aller infolge von Haushaltsklausuren der Stadtverwaltung festgelegten Konsolidierungsbeiträge**
  - d. Darstellung der Abweichungen des Haushaltsjahres 2015 gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 nicht nur zusammenfassend bei den Geschäfts- und Fachbereichen, sondern bei den einzelnen Produkten
  - e. gesonderte Kennzeichnung von neu vorgeschlagenen kw-Setzungen im Stellenplan
  - f. **Darstellung mit Kommentar von Strukturänderungen im gesamten Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr, inklusive Darstellung aller Veränderung (Umbenennungen, Umbesetzungen etc .) im Stellenplan zum Vorjahr**
  - g. **quartalsweise Darstellung des IST Haushaltszahlen in Form einer Excel-Tabelle**
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss vom 27.03.2013 zur Darstellung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Beschluss zu Antrag V/2013/11502) vollständig umzusetzen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015**  
**Vorlage: V/2014/12398**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Haushaltsplanentwurf 2015 folgende zusätzliche Erläuterungen in geeigneter Form aufzunehmen:
  - a. Darstellung aller neu vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes mit jeweiliger Kurzbeschreibung
  - b. Darstellung aller - im Vergleich mit dem Investitionsprogramm des HH 2014 - nicht mehr für eine Umsetzung vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes **ab einem Wertumfang von 50.000 €** mit jeweiliger Kurzbeschreibung
  - c. Darstellung aller infolge von Haushaltsklausuren der Stadtverwaltung festgelegten Konsolidierungsbeiträge
  - d. Darstellung der Abweichungen des Haushaltsjahres 2015 gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 nicht nur zusammenfassend bei den Geschäfts- und Fachbereichen, sondern bei den einzelnen Produkten
  - e. gesonderte Kennzeichnung von neu vorgeschlagenen kw-Setzungen im Stellenplan
  - f. **Darstellung mit Kommentar von Strukturänderungen im gesamten Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr, inklusive Darstellung aller Veränderung (Umbenennungen, Umbesetzungen etc.) im Stellenplan zum Vorjahr**
  - g. **quartalsweise Darstellung des IST Haushaltszahlen in Form einer Excel-Tabelle**
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss vom 27.03.2013 zur Darstellung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Beschluss zu Antrag V/2013/11502) vollständig umzusetzen.

**zu 7.11 Prüfantrag des Stadtrats Olaf Sieber zur Durchführung einer Kunstausstellung der Bürger Halles und des Saalekreises**  
**Vorlage: V/2014/12405**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, informierte darüber, dass er die Begründung des Antrages noch einmal überarbeitet habe, da es im Kulturausschuss kein ausreichendes Verständnis für den ursprünglichen Antrag gab.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung möge prüfen, ob in der Spielpause des Sommers 2014 in Räumlichkeiten der halleschen Theater und der Oper eine Kunstaussstellung mit jeweils einem Exponat der **eine Kunstaussstellung mit jeweils einem Exponat der** bildenden Kunst (Zeichnung, Plastik, ...) von Bürgerinnen und Bürgern Halles und des Saalekreises durchgeführt werden kann. Diese Ausstellung soll den Anspruch Halles als Kulturstadt vor-Augen-führen. ~~und insbesondere die Vertreter der darstellenden Künste unterstützen.~~

Gleichzeitig soll sie den Beginn einer stärkeren Beachtung der bildenden Kunst im öffentlichen Leben Halles darstellen.

**zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1      Antrag des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften bezüglich seiner Sitzung am 17. Juni 2014  
Vorlage: V/2014/12528**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat genehmigt die einmalige Abweichung vom Beschluss des Stadtrates vom 29.02.2012, Vorlagennummer: V/2011/10360 und lässt einmalig die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.06.2014 zu.

**zu 8.2      Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai 2014  
Vorlage: V/2014/12575**

---

**Herr Müller, CDU-Fraktion,** verwies auf die schwierige und zeitaufwendige Arbeit in den Wahlbüros. Seine Fraktion wolle den kleinen Spielraum der Stadt nutzen, in Form eines Ausgleichstages die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren, als Wahlhelfer tätig zu werden.

In Bezug auf künftige Wahlen sollte geprüft werden, ob das Verfahren fortgeführt werden kann. Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass freiwilliges Vorgehen über Anreize besser als eine Verpflichtung zur Mitarbeit in den Wahlvorständen sei.

**Herr Krause, SPD-Fraktion,** erinnerte an den Brief zur Aufforderung städtischer Bediensteter, in den Wahllokalen an dem Wahltag in dieser Zeit Dienst zu tun.

Damit hätten die Beschäftigten nicht ohne weiteres die Möglichkeit, diese Aufforderung abzulehnen.

In diesem Zusammenhang wies er auch darauf hin, dass jede Bürgerin und jeder Bürger direkt verpflichtet werden könne, an den Wahltagen in den Wahlbüros mitzuarbeiten.

Da sich seine Fraktion nicht zu einer Verfahrensweise einigen konnte, werde man dazu unterschiedlich abstimmen.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, machte deutlich, dass er es gerechtfertigt fände, wenn städtischen Mitarbeitern, die in den Wahllokalen arbeiten, ein zusätzlicher freier Tag gewährt wird. Desweiteren wies er darauf hin, dass es die freien Tage für städtische Wahlhelfer schon in den vergangenen Jahren einmal gab. Und wenn die Stadt mit gutem Beispiel voran gehe, werden vielleicht auch andere Arbeitnehmer diesem Beispiel folgen.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass es auch in anderen Kommunen, wie zum Beispiel Magdeburg, eine solche Regelung gäbe. Die in der Stadtverwaltung angewandte Verfahrensweise der Aufforderung zur Mitarbeit in den Wahllokalen sei eine Ungleichbehandlung, da die Verwaltung auch die Möglichkeit hätte, Bürgerinnen und Bürger der Stadt als Wahlhelfer zu verpflichten.

Herr Oberbürgermeister habe mit seiner Aufforderung an die Beschäftigten zwar Recht, jedoch hätte er auch die Möglichkeit, eine interne Regelung zu schaffen, um den Wahlhelfern einen freien Tag zu gewähren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass er sich diesbezüglich noch nicht entschieden habe. Er wies aber auch darauf hin, dass zu rechtfertigen sei, wenn der öffentliche Dienst bei einer Tätigkeit innerhalb der Wahl einen Tag frei bekommt.

Zu den Ausführungen von Herrn Misch stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, klar, dass dieser in der Vergangenheit immer auf unzulässige Anträge hingewiesen habe, jedoch bei diesem Antrag seiner Fraktion einer Diskussion positiv gegenüberstehe.

In Bezug auf die ehrenamtliche Tätigkeit wies er darauf hin, dass jeder Wahlberechtigte zur Ausübung einer Tätigkeit bei den Wahlen verpflichtet werden könne. Es sei deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb städtische Wahlhelfer einen zusätzlichen freien Tag erhalten sollen, während die anderen Bürger diesen nicht bekommen.

Aus diesem Grund habe sich seine Fraktion einstimmig dazu entschieden, diesen Antrag abzulehnen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, verwies auf die Eindeutigkeit des Antrages, die innere Organisation der Verwaltung betreffend. Es sei dem Oberbürgermeister freigestellt, mit welchen Mitteln er arbeite. Der Stadtrat könne nicht die Arbeitszeit bzw. den Urlaub der Mitarbeiter beschließen.

**Herr Schachtschneider** und **Herr Müller** sprachen sich noch einmal für die Zustimmung des Antrages aus. In anderen Städten seien die Oberbürgermeister aus der Verwaltung heraus mit einem solchen Vorschlag an den Stadtrat herangetreten.

Desweiteren wurde darauf hingewiesen, dass vorrangig Mitarbeiter der Verwaltung in den Wahlbüros tätig sind und nur ein geringer Teil anderer Arbeitnehmer bzw. Rentner, Schüler und Studenten, denen nicht unbedingt ein freier Tag zugestanden werden müsse.

Auch habe seine Fraktion im Beschlussvorschlag die Bitte an die übrigen Arbeitgeber der Stadt Halle gerichtet, sich dem Beispiel anzuschließen und vergleichbare Regelungen zu treffen.

Zum Hinweis von Herrn Kley zur Frage von unzulässigen Anträgen merkte **Herr Misch** an, dass er sich schon bei der Diskussion zur Tagesordnung dazu geäußert habe.

Mit Bezug auf den vorliegenden Antrag habe er in der vorangegangenen Diskussion darlegen wollen, was die Fraktion zur Antragstellung bewogen hat und zum Antrag führte.

**Herr Misch** machte deutlich, dass er sich generell bei unzulässigen Anträgen nicht an der Abstimmung beteiligen wird. Er bat darum, im Protokoll festzuhalten, dass er sich nicht der Stimme enthalte, sondern an der Abstimmung nicht teilnimmt.

Dem Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Krause** auf Abstimmung wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Zur Unterstützung der Gewinnung von Wahlvorstandsmitgliedern für die Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai 2014 wird beschlossen:*

1. *Mitgliedern des Wahlvorstandes, die bei der Stadt Halle (Saale) beschäftigt sind, soll ein Arbeitstag Dienstausgleich gewährt werden.*

*Hierfür wird der Oberbürgermeister aufgefordert, eine entsprechende Regelung in der Kernverwaltung zu treffen.*

2. *Der Oberbürgermeister soll die übrigen Arbeitgeber in der Stadt Halle (Saale), insbesondere die kommunalen Unternehmungen, bitten, sich diesem Beispiel anzuschließen und eine vergleichbare Regelung zu treffen.*
3. *Nach erfolgter Auswertung soll geprüft werden, ob eine Fortführung dieser Praxis auch bei zukünftigen Wahlen zweckmäßig ist.*

**zu 8.3 Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Brandschutz  
Vorlage: V/2014/12613**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Freiwillige Feuerwehr führt seit einigen Jahren in öffentlichen Einrichtungen der Stadt, insbesondere in KITA und Schulen, praktische Brandschutzübungen durch. Dieses Projekt läuft mit der Bürgerarbeit im Herbst aus.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur Fortführung bzw. Weiterentwicklung des o.g. Projektes zu erarbeiten und bis zur Stadtratssitzung im Mai vorzulegen.

**zu 8.4 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) und Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) betreffend die Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch**  
**Vorlage: V/2014/12620**

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, berichtete von einer Veranstaltung mit dem Minister für Umwelt und Landwirtschaft, Herrn Dr. Eikens, unter anderem zum Thema Vernässung auf dem Dautzsch.

Im Ergebnis dieser Veranstaltung wurde festgestellt, dass die Stadt Halle im Gegensatz zu anderen Gemeinden bzw. Untersuchungsgebieten in der Stadt keinen Folgeantrag nach der Pilotuntersuchung zur Vernässung auf dem Dautzsch gestellt habe.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, die Ansprüche zu wahren, auch vor dem Hintergrund, weil der Fond zur Bekämpfung von Vernässungsproblemen mittlerweile zur Hälfte ausgeschöpft ist.

Seitens seiner Fraktion verwies Herr **Hildebrandt** den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den

**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**  
und in den

**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
sowie in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen) aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch umzusetzen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Stadt Halle einen Folgeantrag aus dem Landesprogramm zur Bekämpfung der Vernässung stellt, um die für den Dautzsch erarbeiteten Empfehlungen zu finanzieren. Hier ist dem Stadtrat bis zum Sommer 2014 entsprechende Beschlussvorschläge zu machen.*
2. *Auf dem Dautzsch wird eine Informationsveranstaltung abgehalten, die eine Auswertung der Vernässungsbefragung der Betroffenen zum Inhalt hat.*
3. *Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stehen und durch die Bürgerschaft eingeholt werden können (www.halle.de, Amtsblatt, Aushänge auf dem Dautzsch etc.)*

**zu 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum zeitlichen Vorlauf bei der Beantragung von Städtebaufördermitteln  
Vorlage: V/2014/12590**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung legt dem Stadtrat die Liste der Maßnahmen zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für das jeweils aktuelle Programmjahr regelmäßig spätestens drei Monate vor Antragsschluss zur Bestätigung vor.
2. Die Einzelmaßnahmen werden jeweils kurz schriftlich erläutert.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Planungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**  
sowie in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Juli 2014 zum Beschluss vorzulegen.*

**zu 8.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum gemeinsamen Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12603**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, in welcher der Antrag als gesetzwidrig erklärt wurde. Er merkte an, dass ein gesetzwidriger Antrag nicht hätte auf der Tagesordnung erscheinen dürfen.

In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Zuarbeit seiner Fraktion, in welcher eindeutig geklärt ist, dass es der Verwaltung bekannt sei, dass das Anliegen des Antrages nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung zu lösen wäre, weil man mit bestimmten rechtlichen Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit dem Saalekreis in Verhandlung treten müsste.

**Herr Dr. Fikentscher** bat um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen gemeinsamen, integrierten Internetauftritt der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ Halle (Saale) auf den Weg zu bringen, der auch eine integrierte Anmeldemöglichkeit zu den Kursen beider Einrichtungen beinhaltet.

**zu 8.8     Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015  
Vorlage: V/2014/12606**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes von der Verwaltung nur angenommen werden sollen, wenn der jeweilige Bürger seinen Vorschlag unter Angabe des Namens einreicht. Beim Bürgerhaushalt werde in eine öffentliche Angelegenheit eingegriffen und er erwarte, dass Vorschläge unter Nennung der Klarnamen diskutiert und bearbeitet werden. Er könne die Ablehnung durch die Verwaltung nicht nachvollziehen und bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei Herrn Dr. Fikentscher für die Darlegungen und stimmte dem zu.

Zum gleichen Thema führte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, dass es unterschiedliche Meinungen in seiner Fraktion dazu gegeben habe. Auch müsse es Nichthallensern möglich sein, Vorschläge zum Bürgerhaushalt zu machen.

Er verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zur weiteren Diskussion in den Finanzausschuss.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, sieht das Problem nicht bei den Namen der Bürger, sondern darin, wie mit den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt umgegangen werde. Wenn ein guter Vorschlag vorliege, sei es egal, wie der Bürger heißt. So könne es auch durch die Verwaltung gehandhabt und als Vorlage von der Verwaltung mit Unterschrift des Oberbürgermeisters vorbereitet werden.

Der anonym angezeigte Vorschlag brauche nicht beantwortet werden. Ebenso müsse dann auch nicht jeder Vorschlag vorgelegt werden.

Für das Funktionieren eines Bürgerhaushaltes sei es notwendig, die Hemmschwellen möglichst niedrig zu halten, führte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus.

Es gehe um die Ideen der Bürger und deshalb müsse noch einmal über das Verfahren bzw. die Auswahl von Vorschlägen diskutiert werden, um keine sinnlosen Vorlagen in den Stadtrat einzubringen.

Die Pflicht zur Prüfung der Identität halte sie nicht für erforderlich, und führte aus, dass schon in anderen Städten, mit weniger Angaben bei der Registrierung, ein Bürgerhaushalt erfolgreich geführt wird.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, stellte klar, dass die Anträge aus dem Bürgerhaushalt schon vor der Weitergabe in die Ausschüsse durch die Verwaltung und noch einmal in den Ausschüssen auf ihre Machbarkeit geprüft werden.

Bezüglich der Anmeldung der Bürger zum Bürgerhaushalt wies er darauf hin, dass dies schon jetzt mit Klarnamen und der e-mail Adresse notwendig sei. Und wenn der Bürger eine Rückantwort auf seine Bemerkung haben möchte, erscheine der Name und die e-mail Adresse für die Verwaltung sichtbar. Dies werde durch das Anklicken eines Feldes durch den Bürger bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*

*Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2015 nur unter Angabe des Klarnamens und einer Postadresse eingereicht werden können. Anonyme Vorschläge und Vorschläge aus anderen Gemeinden werden nicht aufgenommen.*

**zu 8.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596**

---

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, führte zur Begründung des Antrages aus, dass die Verwaltung Überlegungen anstellen müsse, den Parkdruck im Paulusviertel zu entlasten. Im Namen seiner Fraktion verwies er den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Finanzausschuss.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass es auch in der Altstadt ein solches Problem gäbe und er begrüße die Diskussion in den Ausschüssen dazu.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle**, machte deutlich, dass die Verwaltung an dieser Stelle schon alles getan habe. Sie sehe keinen Diskussionsbedarf mehr dafür und sie verwies in diesem Zusammenhang auf das leer stehende Parkhaus in diesem Viertel.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
sowie in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Paulusviertes ein tragfähiges Parkraumkonzept zu erarbeiten.*

*Wesentliche Bestandteile dieses Konzeptes sollten sein:*

- *Anwohnerparken in extrem überparkten Bereichen mit der Option von Besucherkarten (siehe Stadtverwaltung Essen)*
- *freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen*
- *bewirtschafteter Parkraum in Mischregionen*

*Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.*

*Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.*

**zu 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12615**

---

**zu 8.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12667**

---

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass in der Stadt Halle bereits Konzessionsabgaben auf Strom, Gas und Abwasser erhoben werden. Diese werden als Gebühr durch die Stadt an die Leistungserbringer, wie die Stadtwerke, errichtet und schlagen sich in dem Preis nieder, den der Bürger für diese Leistungen zahlen muss.

Im Prinzip wäre der Weg frei, auch für Trinkwasser eine Konzessionsabgabe zu erheben, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Diese Voraussetzungen bestehen im Wesentlichen darin, dass die trinkwassergibende Gesellschaft Gewinne macht.

Da das ein Thema sei, welches nicht nur die Verwaltung und den Stadtrat betrifft, sondern auch jeden einzelnen Bürger, halte es ihre Fraktion für geeignet, dies in einem Bürgerentscheid zu entscheiden.

Nach Auffassung von **Frau Raab** gäbe es noch viel Diskussionsbedarf zu diesem Thema und aus diesem Grund verwies sie im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Hauptausschuss.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass die Stadt Halle mit der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH einen Vertrag habe, in der Konzessionsabgaben festgeschrieben wurden, wenn zwei wirtschaftliche Faktoren erfüllt sind. Das heißt, bevor eine Konzessionsabgabe eingeführt werden kann, muss geprüft werden, ob die beiden Voraussetzungen vorliegen. Und nur wenn beide Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine solche Konzessionsabgabe erhoben werden.

**Herr Misch** zitierte: „Die Möglichkeit, Konzessionsabgaben einzunehmen, basiert auf einer Verordnung von 1941, die in den fünfziger Jahren auf die Medien Strom und Gas in Bundesgesetze umgewandelt wurde.“

Dies gelte jedoch nicht für Wasser.

Er zitierte weiter aus der Verordnung von 1941: „Von der Verkündung dieser Anordnung ab dürfen Konzessionsabgaben von Unternehmen und Betrieben zur Versorgung mit Elektrizität, Gas oder Wasser an Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände nicht neu eingeführt oder erhöht werden.“

Der Erste Senat des Bundesverwaltungsgerichtes habe sich am 20.11.1999 damit beschäftigt und die Regelung in der Verordnung von 1941 aufgehoben.

**Herr Misch** zitierte weiter aus einer Anfrage des Deutschen Bundestages zu den Konzessionsabgaben Wasser und Telekommunikation: „Allerdings kritisieren die kommunalen Spitzenverbände auf diesem Sektor, dass trotz des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen und trotz Haushaltsmisere viele Städte und Gemeinden noch immer auf die finanzielle Heranziehung der Wasserversorgungsunternehmen wegen der Nutzung des Straßenraumes verzichten.“

Das heißt, eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände beziehe sich darauf, diese Konzessionsabgabe einzuführen. Seiner Meinung nach seien alle rechtlichen Bedenken ausgeräumt und er bat darum, den Antrag der FDP-Fraktion sowie den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erinnerte daran, dass ihre Fraktion vor ca. einem dreiviertel Jahr auch schon einmal einen Antrag zu diesem Thema in den Stadtrat eingebracht habe. Sie stehe einer Diskussion zur Konzessionsabgabe im Fachausschuss positiv gegenüber.

Weiterhin machte sie darauf aufmerksam, dass ihrer Fraktion noch keine Stellungnahme der Verwaltung dazu vorliege.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion mit einer Kostenersparnis für die Bürgerinnen und Bürger. Die Konzessionsabgabe wäre zwar ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, jedoch sei seine Fraktion der Meinung, dass der Stadtrat den Beschluss fassen könnte, diese nicht zu erheben. Dazu sei kein Bürgerentscheid erforderlich.

Zur Frage des Bürgerentscheides teilte **Herr Richter, amtierender Abteilungsleiter, Rechtsberatung und offene Vermögensfragen**, mit, dass es in der Gemeindeordnung eine Regelung dazu gäbe. Es werden Angelegenheiten benannt, zu welchen ein Bürgerentscheid nicht zulässig ist. Dazu zählen Abgabeangelegenheiten und Tarife der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Hintergrund dieser Regelung ist, dass die Gefahr besteht, dass die Bürgerschaft finanziell belastende Entscheidungen aus der Selbstbetroffenheit heraus, ohne die finanziellen Auswirkungen der Gemeinde entscheiden könnte.

Die vorliegende Angelegenheit stehe mit dem Haushaltsrecht in Verbindung, denn es geht um die Erzielung von Einnahmen. Darüber soll nach der gesetzlichen Regelung kein Bürgerentscheid durchgeführt werden.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass sich der Antrag auf einen unzulässigen Inhalt richtet, weil die Durchführung des Bürgerentscheides für dieses Thema gesetzlich in der Gemeindeordnung ausgeschlossen ist. Von daher sei der Antrag, was den Bürgerentscheid betrifft, nach Auffassung der Verwaltung, gesetzeswidrig.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, verwies darauf, dass bei einem Bürgerentscheid eine Frage gestellt werden müsse, die mit ja oder nein beantwortet werden kann und dies mit dem vorliegenden Text nicht möglich sei.

Desweiteren machte er auf den am 23.03.2007 mit der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH geschlossenen Vertrag aufmerksam. Darin werde unter § 6 beschrieben, unter welcher Bedingung die Konzession gezahlt werden kann: „Die Konzessionsabgabe wird aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der HWA solange nicht gezahlt, bis 1. die bilanziellen Verlustverträge ausgeglichen sind und 2. die wirtschaftliche Situation der Sparte Trinkwasserversorgung die Erhebung einer Konzessionsabgabe steuerrechtlich zulässt. Beide Vertragsbedingungen müssen dabei zusammen erfüllt sein.“

Wenn jetzt etwas anderes beschlossen werden soll, müsste der Vertrag gekündigt bzw. geändert werden.

**Herr Dr. Meerheim** verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

**zu 8.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12667**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion  
in den

**Hauptausschuss**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:*

~~Die Stadt Halle (Saale) führt am 25.05.2014 einen Bürgerentscheid durch. Der Text lautet:~~

„Die Stadt Halle (Saale) erhebt auch künftig keine Konzessionsabgabe auf Trinkwasser.“

**zu 8.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung eines Bürgerentscheids gegen die Konzessionsabgabe auf Trinkwasser in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2014/12615**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion  
in den  
**Hauptausschuss**  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadt Halle (Saale) führt am 25.05.2014 einen Bürgerentscheid durch. Der Text lautet:  
„Die Stadt Halle (Saale) erhebt auch künftig keine Konzessionsabgabe auf Trinkwasser.“*

**zu 8.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt**  
**Vorlage: V/2014/12617**

---

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass seit Jahren über dieses Thema diskutiert werde. Mit dem Antrag soll die Verwaltung aufgefordert werden, das vorliegende Fördermittelprogramm des Landes zu nutzen und mit privaten Anbietern in Verbindung zu treten, um das Problem zu lösen.

Da es noch Klärungsbedarf gäbe, verwies sie den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Planungsausschuss.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, machte deutlich, dass der Breitbandausbau ein wichtiges und aktuelles Thema für die Stadt als Wirtschafts- und Standortfaktor darstelle. Eine schnelle Internetverbindung trage wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt bei. In der Stadt gäbe es Gebiete, wo Nachholbedarf dahingehend besteht und **Herr Dr. Diaby** verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Außerdem befürworte seine Fraktion den Vorschlag der Verwaltung zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie.

Im Namen seiner Fraktion verwies **Herr Müller, CDU-Fraktion**, den Antrag in den Finanzausschuss.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zeigte sich erstaunt über den Antrag, da durch ihre Fraktion und auch die Fraktion DIE LINKE in den letzten Jahren immer wieder Beschlüsse zu diesem Thema herbeigeführt hätten.

Es gäbe bereits einen Grundsatzbeschluss und sie zitierte: „Die Stadt Halle strebt an, auf 50 MBit/s zu gehen“, was mittlerweile Stand in allen Förderprogrammen sei. Insofern halte ihre Fraktion den Antrag für erledigt bzw. würde abgelehnt werden.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**  
sowie  
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,*

- 1. für alle Gebiete der Stadt Halle (Saale), in denen noch kein kabelgebundenes Internet mit mindestens 25 MBit/s (= 3 MByte/s) verfügbar ist, dies öffentlich auszuschreiben und mit Mitteln aus dem Breitbandfonds des Landes Sachsen-Anhalt zu unterstützen,*
- 2. zu prüfen inwieweit ein Ausbau auf 200 MBit/s (= 25 MByte/s) in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern realisiert werden kann.*

**zu 8.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates  
Vorlage: V/2014/12618**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion,** verwies darauf, dass es sich bei dem Antrag um einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung handelt, der einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Bezüglich des Inhaltes des Antrages teilte er mit, dass der Beschluss des Stadtrates für die Beauftragung einer Prüfung genügen müsse, damit die Verwaltung handelt. Die Geschäftsordnung sollte dahingehend geändert werden, dass Anträge, die ausschließlich Prüfanträge darstellen, nicht verwiesen werden können. Hier müsse bereits im Vorfeld bei der Gestaltung der Tagesordnung auf die Prüfaufträge aufmerksam gemacht und dann entsprechend solch ein Prüfauftrag, ohne dass er verwiesen wird, im Stadtrat entschieden werden.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** machte darauf aufmerksam, dass laut Auskunft des Rechtsamtes die einfache Mehrheit bei der Abstimmung zum Antrag ausreiche.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, verwies darauf, dass keine klare rechtliche Definition vorliege, wann ein Prüfantrag vorliege und wann nicht. Er sehe in dem Antrag der FDP-Fraktion einen Aufruf an die Fraktionen, sich diesbezüglich abzustimmen und klare Regeln für Prüfaufträge festzulegen.

Seine Fraktion lehne den Antrag ab, weil er nicht klar abgrenzt, zwischen dem was ein Prüfauftrag sein sollte und was nicht. Seiner Meinung nach sei es notwendig, untereinander eine Verfahrensweise zu finden und zu regeln.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

16 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

9 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

§ 9 „Geschäftsordnungsanträge“ der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse wird im Absatz 2 um einen Satz 2 ergänzt:

„Für Anträge, die ausschließlich Prüfaufträge darstellen, gilt Satz 1 nicht.“

**zu 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung eines Konzepts der Wirtschaftsförderung**  
**Vorlage: V/2014/12614**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte deutlich, dass mit dem Antrag Ziele und Mittel ohne Budgetbegrenzung diskutiert werden sollen, um sich auf sinnvolle Maßnahmen zu einigen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Juni 2014 ein Konzept für die Gesamtstruktur der Wirtschaftsförderung in der Stadt Halle vorzulegen.*

In diesem Konzept sollen folgende Eckpunkte definiert werden:

- eine fundierte IST-Standanalyse der Situation vor Ort,
- Ziele der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Bestandspflege und Entwicklung der ansässigen Unternehmen, der Neuansiedlung von Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Strategie zur Erreichung der Ziele,
- aus Sicht der Verwaltung die Integration und Koordination der Aktivitäten bestehender Akteure wie Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing GmbH, Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalekreis mbH & Co (star park\*), Hafen Halle GmbH, Dienstleistungszentrum Wirtschaft sowie Akteure außerhalb der Verwaltung wie z.B. Pro Halle u.a.
- die für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderungsstrategie erforderlichen personellen und finanziellen Mittel.

**zu 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622**

---

**zu 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: V/2014/12622  
Vorlage: V/2014/12674**

---

Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE von seiner Fraktion übernommen werde, so dass daraus ein Prüfauftrag entsteht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den geänderten Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**zu 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
- Vorlage: V/2014/12622  
Vorlage: V/2014/12674**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**

Änderungen wurden übernommen

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt zunächst zu prüfen, ob und wie ein Branchenverzeichnis in den Internetauftritt der Stadt Halle integriert werden kann. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat das Ergebnis der Prüfung bis zum Mai 2014 vor.*

**zu 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema**



**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Bildungsausschuss**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
in den  
**Jugendhilfeausschuss**  
sowie  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt,*

*für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat bis Juni 2014 vorzulegen.*

*In der Konzeption sollen bestehende Defizite (z.B. bei der Schulhofgestaltung oder bei sonstigen Angeboten für Freistunden) und notwendige Maßnahmen zu deren Beseitigung dargestellt werden. Gleichzeitig sollen Prioritäten für die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen gesetzt werden. Die Schulleitungen und Schülervertretungen der Schulen sind bei der Konzepterstellung in geeigneter Weise zu beteiligen.*

Als Ausschussvorsitzender des Finanzausschusses erklärte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, dass man sich im Finanzausschuss für diesen Antrag für nicht zuständig erklären wird. Er begründete dies damit, dass der Antrag momentan keine finanziellen Auswirkungen habe.

Erst wenn die Konzeption vorliege und mit Zahlen untersetzt ist, könne eine Diskussion im Finanzausschuss dazu geführt werden.

Desweiteren wies **Herr Dr. Meerheim** darauf hin, dass auch der Planungsausschuss keine Diskussion zu diesem Antrag führen könne, da keine Planungen vorliegen. Deshalb werde er auch im Planungsausschuss den Antrag stellen, sich für den Antrag für nicht zuständig zu erklären.

In diesem Zusammenhang bat er darum, Anträge nur in die Ausschüsse zu verweisen, die momentan auch wirklich davon betroffen seien.

**zu 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu temporären Aufwertungsmaßnahmen am Saaleufer im Sommer 2014**  
**Vorlage: V/2014/12611**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird zur einmaligen Erprobung kostengünstiger und niedrighschwelliger Aufwertungsmaßnahmen während des Sommers 2014 beauftragt, die Aufschüttung eines Sandstrands am Saaleufer der Ziegelwiese und ein gastronomisches Angebot inklusive Sitzmöglichkeiten am Saalestrand unterhalb der Klausberge (Bereich Riveufer – Emil-Eichhorn-Straße) selbst umzusetzen beziehungsweise in Abstimmung mit Dritten sicherzustellen.*

**zu 8.17 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) für das Areal An der Spitze**  
**Vorlage: V/2014/12531**

---

Da das Thema die Planungshoheit der Stadt betrifft, verwies Herr Sommer, **Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass er es für wichtig halte, dass ein solches Bauwerk in der Stadt die Qualität haben sollte, die auch dem Standort angemessen ist. Jedoch könne mit der Verweisung des Antrages in den Planungsausschuss jetzt keine Diskussion im Gestaltungsbeirat mehr geführt werden, da die Zeit dafür fehle.

**Herr Hildebrand, CDU-Fraktion**, fragte nach, ob der Antrag für die Verwaltung eine aufschiebende Wirkung habe.

Seitens des Betreibers des Gebäudes gäbe es bereits einen Bauantrag und gesetzliche Vorgaben, wann dieser beschieden sein muss. Er gehe davon aus, dass der Antrag erst im Mai beraten werden kann und aus diesem Grund fragte er an, in wie fern man noch zu einem Ergebnis diesbezüglich komme.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass der Antrag keine aufschiebende Wirkung hat.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*

1. *darzustellen, inwieweit der bestehende B-Plan Nr. 13 seine Rechtswirkung verloren hat,*
2. *für den vorhandenen Bebauungsplan Nr. 13 von 1996 zum Gesamtareal „An der Spitze“ ein neues Verfahren mit dem Ziel der Verabschiedung eines Satzungsbeschlusses einzuleiten (Bebauungsplan nach § 13a Baugesetzbuch), u.a. mit den Eckpunkten:*
  - *Art und Maß der baulichen Nutzung für das noch nicht bebaute Grundstück (neben dem künftigen Finanzamt)*
  - *Freiflächenkonzeption des gesamten Areals*
  - *Verkehrsflächenkonzeption des gesamten Areals*
3. *das geplante Vorhaben Neubau des Finanzamtes am Standort „An der Spitze“ unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2 im Gestaltungsbeirat einzubringen.*

*(Aufgrund von Absetzungen von der Tagesordnung änderte sich die ursprüngliche Numerik der nachfolgenden Dringlichkeitsanträge.)*

Dem Vorschlag von **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 8.18 bis 8.23 in Gänze abzustimmen, wurde zugestimmt.

**zu 8.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH**  
**Vorlage: V/2014/12653**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH die Abberufung von Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck aus dem Aufsichtsrat bindend vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH Herrn Stadtrat Dr. Bodo Meerheim für eine Berufung in den Aufsichtsrat bindend vor.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 8.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: V/2014/12654**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck in den Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet Frau Stadträtin Elisabeth Nagel in den Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 8.20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12668**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Herr Bertolt Marquardt scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Bildungsausschuss aus.

Frau Josephine Jahn wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

**zu 8.21 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12669**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Stadtrat Dr. Uwe-Volkmar Köck wird von seiner Mitwirkung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Stadtrat Bertolt Marquardt in den den Ausschuss für Ordnung

und Umweltangelegenheiten.

**zu 8.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Ausschuss für Planungsangelegenheiten  
Vorlage: V/2014/12670**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Herr Stadtrat Dr. Uwe-Volkmar Köck wird von seiner Mitwirkung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Bertolt Marquardt in den den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**zu 8.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Bildungsausschuss  
Vorlage: V/2014/12671**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Frau Stadträtin Dr. Petra Sitte wird von ihrer Mitwirkung im Bildungsausschuss entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Bertolt Marquardt in den Bildungsausschuss.

**zu 8.24 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 5.2.2014 gegen den Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 18.12.2013 zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt  
Vorlage: V/2014/12675**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, merkte an, dass mit dem Antrag eine Idee der Bürgerschaft aufgegriffen und in den Ausschüssen diskutiert wurde. Mit dem Widerspruch des Oberbürgermeisters zu diesem Thema liege ein Bescheid vor, welcher nach Auffassung seiner Fraktion einer Klarstellung bedarf. Aus diesem Grund soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, Rechtsmittel einzulegen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass mit der Einlegung der Rechtsmittel keine Kosten für die Stadt entstehen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, stimmte der Antragstellung zu und merkte an, dass es nicht um den Widerspruch des Oberbürgermeisters an sich gehe, sondern um die Aussage des Verwaltungsbeamten des Landesverwaltungsamtes, dass die technische Ausstattung Sache des Oberbürgermeisters sei.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

3 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

fristgerecht Rechtsmittel gegen den – auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 5.2.2014 gegen den Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 18.12.2013 zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt Halle (Saale) ergangenen – Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 4. März 2014, AZ. 206.1.2-10111 hal-04 einzulegen.

**zu 9        schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Spontanpartys in Halle**  
**Vorlage: V/2014/12584**

---

**Herr Scholtyssek** merkte an, dass es seiner Meinung nach zum Thema Spontanpartys nicht um Verbote gehe. Aus diesem Grund habe er in seiner Anfrage Vorschläge formuliert und halte die Antwort der Verwaltung, eine Diskussion in den zuständigen Ausschüssen darüber zu führen, für nicht ganz zutreffend.

**zu 9.2        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung des Hochwasserschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2014/12585**

---

Bezüglich des Hochwasserschutzkonzeptes merkte **Herr Scholtyssek** an, dass aus der Sicht seiner Fraktion die personellen Ressourcen dafür nicht ausreichend seien. Ebenso verwies er darauf, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht mit den Aussagen des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtratssitzung übereinstimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass sich die Frage in der letzten Stadtratssitzung auf die zwei genannten Mitarbeiter bezogen habe. Es gäbe jedoch einen ganzen Mitarbeiterstab, welcher die offenen Punkte bei den Betroffenen einhole und sich mit diesen abstimme.

**zu 9.3      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den Auswirkungen der geplanten Umgestaltung der Merseburger Straße auf die Rettungsfristen**  
**Vorlage: V/2014/12586**

---

**Herr Scholtyssek** merkte an, dass mit viel Geld die Umgestaltung der Merseburger Straße geplant und erst danach die Einhaltung der Rettungsfristen geprüft werde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die Antwort der Verwaltung. In dieser wurde dargestellt, dass die entsprechenden Rettungskräfte schon während der Planungsphase einbezogen werden.

**zu 9.4      Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE) zu MigrantInnen in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2014/12588**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Public Viewing zur Fußball-WM 2014**  
**Vorlage: V/2014/12594**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6      Nachfragen der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Anfrage der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Höhe der Angemessenheitsgrenzen für die Unterkunftskosten nach SGB II und XII (Vorlagen-Nummer: V/2014/12499)**  
**Vorlage: V/2014/12595**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung. Er erwarte jetzt die Berichterstattung zum Index über die Bruttokaltmiete, die im zweijährigen Rhythmus angepasst werden soll, im Frühjahr 2015. Ebenso freue er sich über die Antwort der Verwaltung, dass Möglichkeiten gesehen werden, die Zumutbarkeit von Wohnungen sicherzustellen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies darauf hin, dass es einen Beschluss zur Überarbeitung der Bruttokaltmiete gab und von daher eine Umsetzung dieses Beschlusses durch die Verwaltung erfolgen wird. Bezüglich der Zumutbarkeit der Wohnungen machte er deutlich, dass manche Mieter zu viel an Unzumutbarkeit einer Wohnung ertragen und die Verwaltung bei Bekanntwerden von Problemen sofort entsprechend reagiere.

**zu 9.7      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Hochwasserschutz in Halle**  
**Vorlage: V/2014/12598**

---

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass sich aus der Stellungnahme der Verwaltung gegebenenfalls noch Nachfragen ergeben werden.

**zu 9.8      Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie**  
**des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes**  
**Vorlage: V/2014/12597**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zurückgenommen.

**zu 9.9      Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Stelen in der**  
**Glauchauer Straße**  
**Vorlage: V/2014/12619**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu zwei**  
**Schulhöfen**  
**Vorlage: V/2014/12515**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen einer**  
**Änderung des Kommunalabgabengesetzes**  
**Vorlage: V/2014/12605**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen des**  
**Supportendes der Betriebssystemversion Windows XP**  
**Vorlage: V/2014/12607**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum städtischen Tierheim  
Vorlage: V/2014/12608**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kontrollen bei der  
Hundehaltung  
Vorlage: V/2014/12609**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Konzept für ein  
Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder  
Vorlage: V/2014/12610**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber, fraktionslos, zu Flächenverkäufen im  
Gebiet des Bebauungsplans 140.2  
Vorlage: V/2014/12518**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.17    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber, fraktionslos, zu Neubauten in Heide-Süd  
Vorlage: V/2014/12623**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber, fraktionslos, zu Auswirkungen der  
geplanten Bauwerke im Bereich des Bebauungsplans 162  
Vorlage: V/2014/12624**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 10      **Mitteilungen**

---

### zu 10.1      **Quartalsbericht IV/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG** **Vorlage: V/2014/12392**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu einem Widerspruch**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass dem Widerspruch des Oberbürgermeisters zum Beschluss des Stadtrates zum Wirtschaftsplan 2014 der Halleschen Wohnungsbaugesellschaft nicht stattgegeben wird. Mit der Ablehnung habe der Stadtrat die Erteilung einer konkreten Weisung verweigert. Dies stehe in seinem Ermessensspielraum. Von daher sei dem Widerspruch nicht stattgegeben worden.

Die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes werde den Geschäftsstellen der Fraktionen zugeleitet.

#### **Mitteilung Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, zur Schulentwicklungsplanung**

---

**Herr Beigeordneter Kogge** teilte mit, dass der Schulentwicklungsplan vom Kultusministerium bestätigt wurde. Nachfragen und Überarbeitungen gäbe es noch zu einzelnen Grundschulen.

Das Schreiben des Kultusministeriums liege den Stadträten bereits vor.

## zu 11      **mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte, dass eine mündliche Anfrage in schriftlicher Form vorliege:

### zu 11.1      **Anfrage Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umsetzung Ratsbeschluss zur Prüfung der Einordnung des Peißnitzhauses in ein Städtebaufördergebiet der Stadt Halle**

---

**Herr Feigl** hatte angefragt:

1. Hat eine Prüfung der Einordnung des Peißnitzhauses in ein Städtebaufördergebiet der Stadt Halle stattgefunden?
2. Ist die Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt bereits erfolgt?

3. Wann ist mit einer Beschlussvorlage im Stadtrat zu rechnen?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, antwortete, dass eine Prüfung stattgefunden habe. Im Ergebnis wird eine Einordnung der Maßnahme in das Programm „Soziale Stadt – Halle-Neustadt“ für möglich eingeschätzt.

Zur Frage 2 teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass am 03.02.2014 mit dem Landesverwaltungsamt Abstimmungen zur Aufnahme des Peißnitzhauses in die Städtebauförderung stattgefunden haben. Das Landesverwaltungsamt schätzte die mögliche Aufnahme positiv ein. Über das Gespräch werde noch im Planungsausschuss informiert.

Bezüglich der Frage 3 informierte **Herr Beigeordneter Neumann**, dass das Handlungskonzept auf der Basis der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2014 für dieses Fördergebiet mit Berücksichtigung der neuen Einzelmaßnahme „Peißnitzhaus“ überarbeitet und dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt werden muss.

Ein weiterer Grund für die Überarbeitung des Konzeptes werde sich aus den angekündigten veränderten Mittelzuweisungen des Bundes ergeben. Eine Anpassung könne erst erfolgen, wenn die laufenden Abstimmungen der Länder mit dem Bund abgeschlossen sind.

Unter der Voraussetzung der Einordnung der erforderlichen städtischen Eigenmittel in den Haushalt sei dann die Aufnahme der neuen Maßnahme „Peißnitzhaus“ in den Programm-antrag 2015 möglich.

#### **Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Earth Hour 2014**

---

**Frau Krausbeck** fragte nach den Aktionen der Stadtverwaltung zur Earth Hour 2014.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent, Büro des Oberbürgermeisters**, teilte mit, dass am 29.03.2014 zwischen 20:30 Uhr und 21.30 Uhr die Beleuchtung der Hausmannstürme, des Roten Turms und der Oberburg Giebichenstein abgestellt wird. Dies wurde auch im Amtsblatt und auf der städtischen Homepage kommuniziert, mit einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, sich an dieser symbolischen Aktion zu beteiligen.

#### **Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, zum Gutachten MMZ**

---

*Auf Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

#### **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**

Ich habe eine Frage an Herrn Oberbürgermeister.

Und zwar, im Rahmen einer Gutachtenerstellung vom MMZ wurden zwei doch sehr renommierte Architekten in Halle als „Wald- und Wiesenarchitekten“ von Ihrer Seite her bezeichnet. Ich wollte nur fragen, ist das so richtig? Das ist die eine Frage.

Und als zweites fügte sich an, dass Sie dann gesagt haben, dieses Gutachten verwenden Sie nicht, sondern Sie verwenden ein neues Gutachten.

Da wollte ich wissen, wie viel mehr wird dieses Gutachten kosten und wer wird das erstellen? Ist das schon klar, ist das ausgeschrieben und was auch immer? Und warum diese Verfahrensweise?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also solche Bezeichnungen würde ich nie verwenden. Solche Bezeichnungen, die Sie eben benutzt haben, würde ich nie verwenden.

**Frau Wolff**

Das stand aber in der Presse.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich kann nicht beeinflussen, was in den Medien geschrieben wird.

Und zum zweiten. Das Gutachten, ich hatte es ja in meiner Berichterstattung dargestellt, das neue Gutachten ist da.

Dieses alte Gutachten bezog sich auf zwei, drei Seiten mit Wikipedia-Einträgen und hätte einer Überprüfung durch das Landesverwaltungsamt und letztendlich durch die IB-Bank nicht standgehalten und ist überhaupt nicht verwertbar gewesen.

Das neue Gutachten, nochmal zum Vergleich, ist gestern eingegangen, hat ca. 270 Seiten und ist entsprechend dargestellt im Hinblick auf das Gutachten bei der Eissporthalle. So dass es fördermittelsicher ist und wir auch nicht in die Gefahr geraten, später im Rahmen einer Rückzahlung in ein solches Verlangen zu geraten.

**Frau Wolff**

Ich würde gerne diese Passage als Wortprotokoll haben wollen.

*Ende des Wortprotokolls.*

---

**Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zum Konzept Städtepartnerschaften**

**Herr Müller** fragte nach, wann mit dem Konzept zu Städtepartnerschaften gerechnet werden könne.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent, Büro des Oberbürgermeisters**, teilte mit, dass es durch einen internen Fehler verpasst wurde, das Konzept rechtzeitig zur Stadtratssitzung im März einzustellen. Es werde noch einmal eine Abstimmung innerhalb der Stadt durchgeführt und im Stadtrat April 2014 vorgestellt.

---

**Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zum Parkplatz am Mehrgenerationenhaus "Pustebblume"**

**Herr Schachtschneider** machte auf das Problem aufmerksam, dass die für das Mehrgenerationenhaus „Pustebblume“ zur Verfügung gestellten Parkplätze verstärkt durch die Anwohner genutzt werden. Da die Parkflächen tagsüber zweckgebunden sind, fragte er an, ob ein Schild mit dem speziellen Nutzungszweck aufgestellt werden könne.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

#### **Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zur verkehrsberuhigten Maßnahme Delitzscher Straße/Dübener Straße**

---

**Herr Hildebrandt** fragte nach, ob es schon Lösungen zu verkehrsberuhigten Maßnahmen in der Delitzscher Straße/Dübener Straße gäbe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass einige Maßnahmen schon eingeleitet wurden. Der aktuelle Stand werde schriftlich nachgereicht.

#### **Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zu Anträgen zu personalwirtschaftliche Maßnahmen**

---

Bezüglich eines Berichtes aus dem letzten Finanzausschuss zu den personalwirtschaftlichen Maßnahmen, insbesondere zu den Anträgen auf Arbeitszeitverkürzung, fragte **Herr Hildebrandt** an, wie viel Anträge eingegangen und wie viel davon beschieden werden können. In diesem Zusammenhang bat er um eine monatliche Berichterstattung im Stadtrat zu diesem Thema.

**Herr Bürgermeister Geier** führte aus, dass 470 Anträge auf Arbeitszeitverkürzung eingegangen sind und davon keine Anträge beschieden werden können. Dies hänge mit dem Schreiben des Innenministeriums zusammen, welches mit dem heutigen Tag den Fraktionen zur Kenntnis gegeben wurde.

Vom Ministerium werde ausgeführt, dass das Modell der Arbeitszeitverkürzung mit Bonuszahlung erst dann in Umsetzung gebracht werden kann, wenn die Abfindungs- und Rentenmodelle voll umfänglich umgesetzt sind.

#### **Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zur Finanzierung Moritzburg**

---

**Frau Dr. Wünscher** erinnerte an ihre Nachfrage aus der Januarsitzung des Stadtrates zur Finanzierung der Stiftung Moritzburg. Auch gäbe es immer noch einen bestehenden Stadtratsbeschluss.

Herr Oberbürgermeister habe damals zugesagt, einen schriftlichen Sachstandsbericht zu geben, welcher bis jetzt noch nicht eingegangen sei.

Desweiteren fragte **Frau Dr. Wünscher**, weshalb bei der Einführung des neuen Direktors der Moritzburg die Stadt durch keinen offiziellen Vertreter anwesend war, während das Land durch den Kultusminister und zwei Staatssekretäre vertreten wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass man sich nicht aus der Verantwortung zur Moritzburg zurückziehe, sondern diese sehr intensiv unterstütze.

Bezüglich der Einladung zur Einführung des neuen Direktors teilte er mit, dass er diese sehr kurzfristig bekommen habe und einen anderen Termin wahrnehmen musste.

Wegen der Kurzfristigkeit sei es auch nicht möglich gewesen, einen anderen Vertreter der Stadtverwaltung zu entsenden.

In Bezug auf die von Frau Dr. Wünscher gemachten Ausführungen wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf seine in der Januarsitzung des Stadtrates ausführliche mündliche Beantwortung im Hinblick auf die Finanzierung hin. Damit sei eine schriftliche Antwort nicht notwendig.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Wünscher**, wie Herr Oberbürgermeister mit dem noch bestehenden Stadtratsbeschluss umgehe, wiederholte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** seine Aussage, dass der Stadtratsbeschluss unter dem Vorbehalt des Haushaltes und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stehe, welche derzeit nicht vorhanden wären. Desweiteren handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt.

#### **Anfrage Frau U. Haupt, Fraktion DIE LINKE, zum Erfahrungsbericht Barrierefreiheit**

---

**Frau Haupt** informierte darüber, dass im September 2011 im Stadtrat ein Beschluss zur Barrierefreiheit gefasst wurde. Ebenso wurde damals beschlossen, nach zwei Jahren eine Novellierung vorzulegen. Sie fragte, ob dieser Erfahrungsbericht vorliege und den Stadträten zur Kenntnis gegeben werden kann.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent, Büro des Oberbürgermeisters**, berichtete, dass zurzeit verwaltungsintern die Erfahrungen zu diesem Thema aus den Geschäftsbereichen zusammengetragen und über den Behindertenbeauftragten koordiniert werden. Nach Fertigstellung werde die Zusammenstellung in den Stadtrat gegeben.

#### **Anfrage Frau U. Haupt, Fraktion DIE LINKE, zu Bolzplätzen**

---

**Frau Haupt** fragte, ob es möglich wäre, eine preiswerte und dennoch qualitativ gute Alternative für die Erneuerung der Bolzplätze auf der Silberhöhe zu finden, um die Einschränkungen der Freizeitmöglichkeiten für die Kinder in diesem Wohngebiet aufzuheben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

#### **Anfrage Frau Hintz, SPD-Fraktion, zur Mitteilung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur HWG**

---

In Bezug auf die Mitteilung des Oberbürgermeisters zur HWG fragte **Frau Hintz** an, ob die Information des Landesverwaltungsamtes den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann und welche Konsequenzen diese Entscheidung habe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte die Weiterleitung des Papiers des Landesverwaltungsamtes an die Fraktionen zu.

Zum Sachverhalt teilte er mit, dass es sich um den Wirtschaftsplan handelt und entscheidend sei, was in den Ausschüttungen zum Schluss im Jahresabschluss dargestellt wird.

### **Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Projekt Sparkasse/Moritzburg**

---

**Herr Wolter** informierte darüber dass er die Mitteilung erhalten habe, dass es von Seiten der Sparkasse bisher keinerlei Förderung für beantragte Projekte der Moritzburg gab, die dazu dienen sollten, gemäß dem Stadtratsbeschluss die Moritzburg zu unterstützen.

Aus diesem Grund fragte er, ob der Stadtratsbeschluss nicht ausreichend sei, eine Finanzierung für die Moritzburg in Höhe von 130.000 € rückwirkend und auch im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung zu stellen.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Beschluss unter dem Haushaltsvorbehalt stehe und dies auch so vertraglich vereinbart wurde. Von daher bleibe er bei seiner schon zum TOP 11.8 gemachten Aussage.

Da der Vertrag zwischen der Moritzburg und der Stadt Halle auf Grund eines Stadtratsbeschlusses gefasst wurde, bat **Herr Wolter** um die Bereitstellung aller Informationen zum nächsten Finanzausschuss.

Ebenso werde er eine aktuelle Stunde zu diesem Thema im Finanzausschuss beantragen und bat um die Teilnahme von Herrn Oberbürgermeister, um die noch offenen Fragen zu beantworten.

### **zu 12      Anregungen**

---

#### **zu 12.1      Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ehrung von Frau Krystyna Wituska durch die Stadt Halle Vorlage: V/2014/12621**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung, die Anregung für eine Ehrung von Frau Krystyna Wituska aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang bat er darum, die für Juni 2014 im Kulturausschuss angekündigte Information schon im Mai abzugeben, damit man auf die Ideen der Verwaltung reagieren könne. Nach dem Wunsch seiner Fraktion soll die Ehrung zum Gedenktag im Juni 2014 stattfinden.

**zu 12.2 Anregung Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Zustellung des Amtsblattes**

---

**Herr Häder** regte an, dass die Verwaltung bei Bürgerbeschwerden bzw. Informationen zur Zustellung des Amtsblattes mit dem Auftragnehmer in Kontakt trete, um darauf hinzuwirken, künftig eine ordnungsgemäße Zustellung zu gewährleisten.

Es sollte den Bürgern auch die Möglichkeit eingeräumt werden, in den Bürgerservicestellen Amtsblätter zu erhalten.

**zu 12.3 Anregung Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Umstrukturierungen und Behandlung in den Ausschüssen**

---

In Bezug auf die heute vorgestellte Umstrukturierung im Bereich der Wirtschaftsförderung regte **Herr Häder** an, bei künftigen Umstrukturierungen im Bereich der Verwaltung, welche einen längeren Vorlauf haben, bereits frühzeitig den betroffenen Ausschuss einzubeziehen.

**zu 12.4 Anregung Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zum ehemaligen Schulstandort Cantorschule**

---

**Herr Lange** regte an, dass die Verwaltung seine Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung betreffs der Freifläche zwischen Begonienstraße und Muldestraße zeitnah beantwortet.

**zu 12.5 Anregung Herr Sieber, fraktionslos, zum TOP 8.6 - Richtlinie zur Gestaltung von Radverkehrsanlagen**

---

Bezüglich der Richtlinie zur Gestaltung von Radverkehrsanlagen regte **Herr Sieber** an, diese auch in den Runden Tisch Radverkehr zu geben. Seiner Meinung nach sollte sich der Runde Tisch Radverkehr vor den Stadtratsgremien damit befassen.

**zu 12.6 Anregung Herr Sieber, fraktionslos, zur Zulässigkeit von Vorlagen**

---

**Herr Sieber** regte an, alle Vorlagen im Stadtrat vorzulegen, gegebenenfalls mit dem Hinweis auf Unzulässigkeit.

Als Begründung für seinen Vorschlag führte er an, dass es dann möglich wäre, dass durch den Antragsteller oder durch andere Fraktionen ein Änderungsantrag gestellt werden kann, der aus einem unzulässigen Antrag mit der gleichen Intention oder ähnlichen einen zulässigen Antrag macht.

Seiner Meinung nach sollte die Entscheidung über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit dem Stadtrat überlassen werden.

## zu 12.7 Anregung Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Aktion Spielplatzsanierung

---

**Herr Scholtyssek** informierte über die Fanta-Spielplatzinitiative im Internet, wo defekte Spielplätze durch Privatpersonen oder Stadtverwaltungen gemeldet werden können. Per Online Voting sei es möglich, darüber abzustimmen und am Ende gäbe es für die ersten drei Plätze 10.000 € und für die Plätze 4 – 20 = 5.000 € zur Sanierung eines Spielplatzes zu gewinnen. Die Bewerbungsfrist laufe noch bis 21. April 2014.

Die Anregung von **Herrn Scholtyssek**, an dieser Aktion teilzunehmen, beantwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass dies bereits erfolgt sei.

## zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

---

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 53. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin